

Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Feiertagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementenpreis beträgt bei der Lieferung durch die Ausläger monatlich 10.00 M.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die achtgepaarte Befizelle oder deren Raum 250 Pfg. Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 200 Pfg. Reklamen 1000 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 10.

Donnerstag, den 12. Januar 1922.

29. Jahrgang.

Die Zahlungsbedingungen.

Cannes, 11. Januar.

Deutschland wird nach dem zuletzt vorliegenden Vorschlag, der mit größter Wahrscheinlichkeit vom Obersten Rat den Deutschen als Bedingung vorgelegt wird, die 720 Millionen Goldmark in folgender Weise zu zahlen haben:

150 Millionen Goldmark am 15. März 1922,
150 Millionen Goldmark am 15. Juni 1922,
200 Millionen Goldmark am 15. Sept. 1922,
220 Millionen Goldmark am 15. Dez. 1922.

Erste Vollstzung über die Reparation.

Paris, 12. Januar.

Der Oberste Rat hat sich in seiner heutigen Vormittagssitzung zum ersten Male mit der Frage der deutschen Entschädigungszahlungen beschäftigt. Vor dem Eintritt in die Verhandlungen stellte die französische Delegation eine Vorfrage, die sicher nicht erwartet wurde, deren Absicht aber deutlich erkennbar ist. Ministerpräsident Briand erklärte, bevor man in den Beratungen über die deutschen Entschädigungszahlungen für das Jahr 1922 fortsetze, müsse entsprechend den Bestimmungen des Friedensvertrages von Versailles der Wiederherstellungsausschuss in die Lage versetzt werden, eine Frage zu regeln, die bis jetzt unerledigt und offen geblieben sei. Die deutsche Regierung habe in einem Schreiben an den Wiederherstellungsausschuss mitgeteilt, daß sie nicht in der Lage sei, die fälligen Zahlungen für den 15. Januar und 15. Februar in voller Höhe zu leisten. Der Wiederherstellungsausschuss habe darauf an die deutsche Regierung am 16. Dezember die Fragen gestellt: 1. welche Zahlungsausschub die deutsche Regierung verlängere; 2. welche von den Zahlungen sie zu entrichten in der Lage sei, und 3. welche Sicherheiten sie anzubieten beabsichtige. Auf diese Fragen habe die deutsche Regierung nicht geantwortet. Die französische Delegation müsse deshalb darauf dringen, daß die deutsche Delegation in Cannes über diese Angelegenheit mit dem Wiederherstellungsausschuss verhandle.

Da Lloyd George sich diesem Standpunkt Briands angehlossen hat, ist die deutsche Delegation ausgesondert worden,

heute nachmittag 5 Uhr mit dem Wiederherstellungsausschuss über diese Angelegenheit zu verhandeln.

Briand in Paris.

Cannes, 11. Januar.

Nach dem Sonderberichterstattung von Savas übergab Lloyd George bei der heute vormittag abgehaltenen Begegnung mit Briand und Loncheur dem französischen Ministerpräsidenten den Vorentwurf des englisch-französischen Abkommens. Briand reist heute nachmittag nach Paris ab, um seinen Ministerkollegen den Entwurf vorzulegen. Er wird am Freitag mittag wieder in Cannes sein.

Briand wird morgen früh dem Ministerrat im Elysée beitreten. Er dürfte sich aber zweifelsohne am Donnerstag nachmittag auch der Kammer zur Verfügung stellen, so daß man eine leidenschaftliche und nicht ganz ungefährliche Debatte erwarten kann. Jedenfalls ist eine neue Lage geschaffen, die keine Entspannung herbeiführt, sondern im Gegenteil eine Steigerung der Aufregung, so daß sich seit heute vormittag die öffentliche Meinung Frankreichs weit mehr mit den Verhandlungen des Obersten Rates beschäftigt, als dies bisher der Fall gewesen ist.

London, 11. Jan.

Die Daily Mail meldet: Lloyd George treffe endgültige Vorführungen, um am Sonnabend von Cannes abzufahren und am Sonntag in London einzutreffen.

Die österreichische Anschlußfrage.

Wien, 12. Januar.

Die Meldung, daß in Cannes auch die Frage des Anschlusses Deutsch-Ostreichs an Deutschland zur Sprache gekommen ist, wird in hiesigen amtlichen Kreisen bestätigt.

Die deutsche Delegation in Cannes.

Cannes, 12. Januar.

Die erste Verhandlung der Reparationskommission mit der deutschen Delegation wurde auf gestern abend 6 Uhr festgesetzt. Die auf heute nachmittag angesehnte Vollstzung des Obersten Rates, an der auch die deutschen Delegierten teilnehmen, wird trotz der Abwesenheit Briands abgehalten werden.

sie zu diesem Zweck eine Konferenz auch mit den reaktionärsten militärischen Regierungen Europas abhalten, wenn sie feierlich beschwören, auf jede kommunistische Propaganda im Ausland verzichten zu wollen, dann — ja Bauer, dann ist es ganz etwas anderes. Dann ist das höchste Blüte des Klassenkampfes und ein neuer Triumph des revolutionären Kommunismus. Denn was der Kommunist tut, tut er immer als guter Klassenkämpfer; was aber der Sozialdemokrat tut, tut er immer als Lump, Schuft, Verräter. Wer das nicht einsehen will, kann eben nie ein guter Kommunist werden.

Die Pariser Sozialistenkonferenz.

Im Brüsseler „Peuple“ berichtet Genosse Vandervelde nach seiner Rückkehr aus Paris folgendes:

Zuerst bestand der Plan einer fünfkonferenz zwischen Frankreich, England, Belgien, Italien und Deutschland. Unsere französischen Genossen sollten sie einberufen, und diese Konferenz in Paris sollte sich mit Reparations- und Entwicklungsfragen befassen. Nach der Frankfurter Tagung der Wiener Arbeitsgemeinschaft sollte die Einladung auch an die Schweiz und Österreich gehen, und aus Billigkeitsgründen auch an Holland und die Tschechoslowakei. Sehr bald teilten darauf die Ständinger mit, daß auch sie an den Beratungen von Versailles und St. Germain interessiert seien; die Russen protestierten, daß sie nicht eingeladen werden sollten; ebenso mußten sich bald die Polen und die Balkanstaaten melden. Kurz, es zeigte sich — und das ist eine sehr erfreuliche Tatsache —, daß ebenso wie die Wiener und die Zweite Internationale die ganze Welt eine Konferenz wollte. Andererseits mußte man, wenn man bald zur Sache kommen wollte, auf den ursprünglichen Platz einer beschränkten Konferenz für den Anfang zurückgreifen.

Unter diesen Umständen hat der Parteivorstand der französischen Partei, dem auch ich meine Meinung sagen konnte, einstimmig Paul Faure den Auftrag gegeben, bei den in Leipzig anwesenden Delegierten von Wien auf folgende zwei Punkte zu dringen: 1. Die französische Partei möge sofort eine Konferenz der fünf Westländer einberufen. 2. Es sollen sofort Unterhandlungen mit der Labour Party als der Beauftragten der Zweiten Internationale für die Fortdauerung der Konferenz angeknüpft werden.

Man kann danach erwarten, schreibt Vandervelde, daß die engere Konferenz in den ersten Februartagen in Paris stattfinden wird.

Eine Diagnose.

Dr. L. Lübeck, 12. Januar.

Tölpel, mit denen man im Privatleben zu tun hat, sind klugerweise als Gegenstände zur Erheiterung des grauen Alltags zu benutzen. Man stellt sie am besten als trostlichen Ausgleich in die Galerie der berühmten Männer, die den geistigen Horizont jedes halbwegs gebildeten Menschen so eindrückend verdiestern.

Leider ist dieses einfache Verfahren im politischen Leben nicht immer anwendbar. Die Tölpelhaftigkeit des Gegners erleichtert und erheitert nicht etwa den politischen Kampf, sondern macht ihn schwierig, unbeständig und holprig. Denn — wie soll man einen solchen Gegner behandeln? Geht man gegen ihn vor, so windt ein Sieg, vergleichbar dem über ein strohiges und hemmleidenswertes Büblein. Und auf solchen Sieg legt wohl niemand großen Wert: klein der Feind, klein die Chr. Läßt man ihm aber andauernd seinen Willen, läßt man ihn fortwährend ungestraft schwadronieren, so wächst sein dünner Mut, seine Verstandesreste steigen zu Kopf und er wird frech. Und dann tut ein kleiner Nasenflüsterer not, der den Bedauernswerten wieder sanft zurückdrängt, läßt in die reine Welt der Toten und geistig Harmlosen.

Die „Lübeckischen Anzeigen“ sind seit einigen Wochen aus dem Stadium der Tölpelhaftigkeit in das der Frechheit getreten. Seit Wochen füllen sie jeden freien Platz ihres mageren Blättchens mit Angriffen gegen den „Volksboten“ und mit den tölpelhaften Versuchen, Zwieträger in die Reihen der Sozialdemokratie zu tragen. Fast jeden Tag stellen sie fest, daß in der Sozialdemokratie zwei Richtungen vorhanden seien, eine radikale und eine gemäßigte; die gemäßigte wird dann lächlich und nett behobt, die radikale fürchterlich begeisert. Und mit einem bezaubernden und zufriedenem Schnicken spricht man dann von einem Spaltazillus, den man klug wie Marx und Moritz als Kumpel in das böse sozialdemokratische Nest gelegt habe.

Wir müssen eingestehen, daß der Heiterkeitserfolg dieses heißen Bemühens der Königsstraße bisher ein ganz beachtlicher war. Spahnögel geben sich wochenlang Mühe, den vielzehnnten gemäßigten Flügel der Sozialdemokratie zu suchen, um ihm die gewaltigen Lobgesänge des Amtsblattes anzuheften. Aber es wurde bisher nichts Derartiges gefunden, und freiwillig gemeldet hat sich auch keiner. Entweder hat es also bei uns nie so etwas wie einen gemäßigten Flügel gegeben, oder die Schande, von einem „Amtsblatt“ belobt zu werden, hat ihn jäh verschwinden lassen.

Im Vertrauen können wir verraten, daß die beiden Richtungen in der Lübecker Sozialdemokratie nur in der Phantasie der „Lübeckischen Anzeigen“ vorhanden sind. Dort allerdings haben sie eine ganz bedenkliche Bewirkung in der Anordnung der Berstandeskräfte angerichtet. Wie ein Zuchthäusler an den Stäben des Festsiegertisches, so hängt man mit Herz und Hand an dem Spalt, der durch die Sozialdemokratie gehalten soll.

Sogar der Vortrag des Genossen Löbe in der letzten Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins wird nur durch diesen Spalt in dem Geiste des Amtsblattes betrachtet. Es beweist zunächst den „radikalen“ Bericht, den der „radikale“ Volksbote über den Vortrag „des im allgemeinen als vernünftig bekannten Sozialisten Löbe“ gebracht hat. Liebes Amtsblatt, wenn man von zwei Richtungen sprechen könnte, so wäre der Genosse Löbe bestimmt zu radikalen zu rechnen; ist doch gerade Löbe einer der entschiedensten Vertreter ausgesprochen proletarischer Politik. Das müßte selbst einem Politiker letzten Grades bekannt sein, besonders seit dem bekannten Einigungspatent Löbes, der vor kurzem im „Volksboten“ erschien. Wenn man schon die Brille des Spaltes auf der Nase trägt, so darf man sie wenigstens nicht verkehrt ausschenken.

Wenn im übrigen die „Lübeckischen Anzeigen“ die Sozialdemokratie deswegen angreifen, weil der Vortrag hinter verschlossenen Türen stattgefunden hat, so ist das lächerlich. Daß Mitgliederversammlungen nicht öffentlich sind, ist doch wohl selbstverständlich, und ebenso, daß wir für Referate möglichst in führender Stellung befindliche Genossen zu gewinnen suchen. Weshalb also die dummen Redensarten? Nebenbei gelingt dann man einen Vortrag, der vor 1800 Personen stattfindet, nicht als geheim zu zeichnen.

Außerdem brachte der „Volksbote“ einen ausführlicheren Auszug aus der Rede des Genossen Löbe für die breite Öffentlichkeit. Dieser Bericht wurde in objektiver Weise von unserem Berichterstatter aufgenommen und ohne jede Aenderung abgedruckt. Die sozialistische Presse kennt nicht die Einrichtung der Zensur durch einen „Vorgerichteten“ oder durch den allerhöchsten Verleger, wie die bürgerliche. Jeder arbeitet nach seiner Überzeugung, und jeder hat seine Arbeit selbst zu vertreten.

Auf die übrigen Angriffe wollen wir nicht eingehen. Daß die aufrechten Monarchisten der deutschen Republik den

Erfolg von Cannes nicht gönnen, ist ja bekannt. Weshalb sich also darüber ärgern? Als die oberschlesische Entscheidung ungünstig für Deutschland ausfiel, herrschte in den Hallen des schwarz-weiß-roten Troas eitel Freude; das günstigere Ergebnis von Cannes löst Angst und Hass aus. Das Ganze aber nennt sich Vaterlandsliebe und parteilos Wiederbau.

Nur ungern sind wir — zum Schluss sei's bemerkt — in eine Polemik mit den „Lübeckischen Anzeigen“ eingetreten. Seit Wochen lassen wir alle Angriffe und Beschimpfungen über uns ergehen. Und auch für die nächsten Wochen werden wir uns mit Wohlgerem beschäftigen. Der Grund, weshalb wir heute eine Ausnahme machen, ist im Eingang dieses Artikels auseinander gesetzt.

Der Berichttag der USPD.

Leipzig, 11. Januar.

Der dritte Verhandlungstag der Unabhängigen in Leipzig wurde mit einer Rede Trippens über die Internationale Arbeitsgemeinschaft eingeleitet. Zuvor hatte der Vorsitzende Dittmann dem Mitglied der Berliner Delegation, Fritz Jukeil, zu seinem 74. Geburtstage den Glückwunsch des Parteitages ausgesprochen.

Das Referat Trippens selbst brachte zunächst einen langen Überblick über das Entstehen der Wiener Internationale, die nicht nationalistisch sei wie die Londoner Internationale und deren Kampfrede late: Gegen den Kapitalismus, gegen den Krieg, für den Frieden, für die Revision der Friedensverträge, für Selbstbestimmungsrecht der Völker und Lösung der wirtschaftlichen Probleme nach den Grundsätzen der internationalen Sozialdemokratie. In weiteren Verlauf seiner Ausführungen bezeichnete der Redner das Spiel auf dem internationalen Kongress der Alliierten als einen diplomatischen Krieg zwischen den verschiedenen Mächten um die Aufteilung der Erde, um das Kommando über den Erdball möglichst in die Hände einer Kapitalistengruppe zu bringen. Die sozialpolitische Situation von heute rechtfertige die Errichtung des Sozialismus in jeder Weise. Der Kapitalismus sei zu internationalem Vereinbarungen auf wirtschaftlichem Gebiete gezwungen. Die Menschheit kommt nur eine internationale Verteidigungsorganisation nützlich herum. Das aber seien die neuen Elemente einer neuen Gesellschaft. Trippen führt dann wieder fort: Die Methoden des Klassenkampfs sind von dem kulturellen Stande der Länder und von den internationalen Beziehungen zwischen den Ländern abhängig. Die Demokratie ist nicht die Befreiung des Proletariats, aber sie ist ein günstiges Terrain für den Klassenkampf. Das deutsche Proletariat läuft deshalb die Demokratie, die Republik nicht mehr zu grunde geben. Keine Macht wird imstande sein, das zu verhindern, was wir am 9. November 1918 errungen haben. Wenn aber der Klassenkampf auf demokratischem Boden möglichst dazu führen sollte, dass das Kapital eine nackte Diktatur des Kapitalismus über das Volk nicht herstellen kann, dann werden wir gewonnen sein, unter Anwendung aller Mittel mit bewaffnetem Aufstand und Willenskraft die Macht des Proletariats zu verteidigen. Während die Westmärkte Internationalen nicht einmal eine Verhinderung des Proletariats herbeizuführen verucht und während die 2. Internationale infolge ihrer nationalistischen Einstellung offiziellfähig ist, wollen wir eine internationale Verteidigung und Verteuerung zu gestalten. Unser Ruf geht an die Proletarier der ganzen Welt. Die Aufgabe unserer Partei in Deutschland wird es sein, das Proletariat zur Verhinderung der Krieger- und Kämpferversetzung zu veranlassen. Wir kennen kein Vaterland des Deutschland heißt. Unser Vaterland ist die Erde, das Proletariat. Läßt uns alle proletarischen Kräfte zum Sturm ansetzen.

Hierauf wurde zur Abstimmung über die zu den vier Referaten vorbereiteten Anträge gefreiert. Die Annahme des Manifests der Partei erfolgte einstimmig. Des ferner wurde die Resolutionen angenommen, die an Stelle der organisatorischen Tätigkeiten auf sozialistischem Gebiete den Aufbau einer einschlägigen umfassenden jugendlichen Hilfsleitung verlangten. Eine Reihe von Anträgen zum politischen Bericht, zur Finanz- und Steuerpolitik und zur internationalen Arbeitsgemeinschaft wurde durch die Mehrheit des Managements als erledigt erklärt. Die Anträge zum Bericht der Programmkommission sowie die Entwürfe des Fortschrittsprogramms und des Agitprogramms wurden der Programmkommission als Material überwiesen. Zur Antragsabstimmung folgten die Entwürfe, die die Reichstagsstrafaktion bekräftigten, in den sozialistischen Körperschaften darauf hinzuwirken, dass der 1. Mai sowie der 9. November zu gelegenen Feiertagen ebenso werden. Der Parteileitung und der Reichsregierung wurde das Vertreten ausgesetzt. Schließlich gelangte noch eine Resolution zur Internationale zur Annahme, in der der Parteitag als eine der wichtigsten Aufgaben der USPD die Zusammenarbeit der gesamten revolutionären Proletarient in einer sozialistischen revolutionären sozialistischen Internationale erachtet.

Hierauf eröffnete Schröder-Leipzig Bericht über die Zusammenfassung, er forderte von der Parteileitung finanzielle Unterstützung, um der bürgerlichen Jugendbewegung entgegenzutreten zu können. Die jetzt weitergeführte langweilige Ausrede wird durch folgende Abrechnung Dittmanns aus Moskau unterbrochen:

Die Mitteilungen über die angeblichen Misshandlungen der Polizeibehörden und Besetzungen, nicht 300, sondern 34 Menschen sind wegen ihrer kriegerrevolutionären Tätigkeit aus Sachsen vertrieben worden. Sie können zu ihrem Aufenthalt folgende Städte (folgen Namen) wählen, oder ins Ausland gehen und zwar auf Kosten der Sowjetregierung. (Hinterteil.) Diese Maßnahmen sind in Unterdrückung des kämpfenden Volkes des Elendsreiches sehr geringfügig. (Unterla.)

Zu diesem Bericht ergriff sofort der aus dem Parteitag kommende Vertreter der Menschenrechten, Abramowski, das Wort. Dieses Denunziant gehörte zu den Biederlegungen, die in Deutschland eine glänzende Bedeutung bedeuten. Es ist nicht nur das einzige, was in dem Telegramm gezeigt wird, sondern auch das, was verhöhnen wird. Wir sehen haben die Zahl der Gefangen, die aufzuhören werden sollen, immer auf 30 angegeben. Jetzt ist eine unserer Gewissens in dem bürgerlichen Reichsbericht, in dem er untergebracht ist, ein Heftschlag enthalten, jedoch nur noch 34 Personen übrig bleiben. Interessant ist vor allem, dass in dem Telegramm nichts davon gesagt wird, dass auch Mitglieder anderer Parteien verhaftet werden sollen. Es ist auch nichts davon gesagt, dass kein Hungerstreik eingetreten ist. Gern hat mich Abramowski von einer jenseits gut informierten Persönlichkeit in Berlin erzählt, dass die eingeführten Menschenrechten den Hungerstreik mit unverhinderter Kraft weiterführen. (Große Beifall.) Das Brot der Menschenrechte geht in die Hände. Als kontrarevolutionäre Maßnahmen betrachten die Soldaten legal ihren arbeitenden Tagessatz. In dem Gefängnis Drei und die Wachen engpasse, lässt zu hängen, wenn ein Gefangener am Fenster frische Luft schnupper will. Ein Gefangener ist auf diese Weise einen Brustschuss erhalten. Der Polizei, der auf ihn geschossen hat, wurde mit einer kleinen Mar belohnt. (Sturmisches Röten und Klatschen.) Das die Personen nach den Entwicklungen des Telegramms sich eine Sicht in europäischen Nachland zum Aufenthalts wünschen dürfen, ist vielleicht schon ein kleinen Erfolg dieser Berichtszeitung. (Beifall.)

Trippen teilte daraus mit, dass das Zeitungsbüro die am Sonntag geschaffene Resolution über die Bekämpfung der Menschrechten in einem Brief an die Berliner Vertretung der Sowjetregierung gesandt habe und in höflichen Ausdrücken ver sucht habe,

diesen Brief nach Sowjetrussland durch Kurier weiter zu befördern. Der Herausgeber der „Aktion“, Riemer, rief von der Tribüne: Ostar Cohn hätte doch den Brief befördern können (Cohn ist Leiter des deutsch-russischen Handelsbüros). Der Zuschauer bringt große Unruhe mit sich. Viele Delegierte springen von ihren Plätzen auf und gestikulieren erregt. Dittmann verbittert sich die Einmischung der Tribüne in Verhandlungen. Hierauf tritt Mittagspause ein.

In der Nachmittagssitzung wurde mit der Aussprache fortgefahrt. Die Ausführungen der einzelnen Redner ergaben nichts wesentlich Neues, sodass auf sie nicht eingegangen zu werden braucht. Dann wird zur Abstimmung über die zu den eingehenden Referaten vorliegenden Anträge gefragt. Einstimmig wird auf Antrag der Kontrollkommission dem Parteivorstand Entlastung erteilt. Der Antrag der Bildungsakademie, der die Errichtung einer Zentrale für Bildungsarbeiten vorsieht, gelangt ebenfalls zur Annahme, desgleichen die Richtlinien zur Jugendorganisation.

Um 6 Uhr wird die Sitzung geschlossen und auf Donnerstag früh 9 Uhr vertagt. Im Anschluss an die Mittwochsitzung fand in der großen Textil-Messehalle auf dem Leipziger Königsplatz eine internationale Massenkundgebung für die sozialistische Arbeiterschaft Leipzigs statt, in der die anwesenden Vertreter des Auslands sprachen.

Nach Gedemburg — Wilna.

Warschau, 10. Januar.

Die Wilnaer Wahlen, die unter hoher ausschließlicher Teilnahme der polnischen Bevölkerung stattfanden, ergaben den Sieg der polnischen Unionisten und eine völlige Niederlage der Sozialisten. Der aus Wilna gebürtige Staatschef Piłsudski, der Borkämpfer des sozialistischen Gedankens, hatte seine Reise nach Wilna zur perfunctorischen Stimmbegabe wegen einer angeblichen Erkrankung aufgegeben. Weder die Juden noch die Polen hatten Wahlstimmen abgestellt, und auch die polenfreundliche Weißruthenen-Gruppe nur je eine in zwei von den zehn Wahlkreisen. Jede unparteiische Kontrolle war unmöglich. Selbst nach amtlichen Angaben kamen in der Stadt Wilna, dem Hauptort der polnischen Bevölkerung des Gebietes, von 70 000 Stimmberechtigten nur 41 950.

Der in Warschau eingetroffene General Zelinowski, der seinerzeit Wilna „eigenmächtig“ belegt und es Litauen geräubt hatte, wurde vom französischen Generalrat in Warschau Panneau und vom Außenminister Skitomir zu einer längeren Beprechung empfangen.

Kritische Tage in Oberschlesien.

Die polnische Delegation in Oberschlesien soll angeblich durch Kabinettsbeschluss der Waschauer Regierung festgelegt worden sein, keinerlei Vereinbarungen zuzustimmen, die dahin zielen, das deutsche Vermögen in Oberschlesien nicht zu liquidiern. Sollte diese Nachricht zutreffen, so dürften die deutsch-polnischen Verhandlungen über Oberschlesien unter dem Vorwand Täuschung in einem kritischen Stadium treten, da Deutschland keineswegs gemütt ist, die Liquidierung des deutschen Besitzes zuzugeschlagen.

Wie die PPN hören, ist Reichsminister a. D. Dr. Simons in Oberschlesien eingetroffen. Er ist vorgesehen für die Leitung der 12. Unterkommission der deutschen Delegation, die sich vorwiegend mit völkerrechtlichen Fragen beschäftigen soll, insbesondere die Kompetenzen der durch die Genfer Entscheidung vorgesehenen commission mixte begrenzen und Ausführungsbestimmungen festlegen soll für das zu bildende Schiedsgericht.

Das Schicksal der Deutschen Werte

Antwort der Botschafterkonferenz.

Die deutsche Botschaft in Paris hat am 10. Januar 1922 folgende von Cambon gesuchte Rolle der Botschafterkonferenz über die Deutschen Werte erhalten:

Gute Erzellen haben der Botschafterkonferenz mit dem geist. Schreiben vom 16. November 1921 die Auffassung Ihrer Regierung über die Frage der Deutschen Werte wissen lassen. Ich behalte mich, Gute Erzellen mitzuteilen, dass die Botschafterkonferenz alle Maßnahmen, die die Internationalen Militärkontrollkommission in dieser Hinsicht getroffen hat, als vollständig begründet ansieht. Indes ist die Kommission ermächtigt, zur Durchführung der Umstellungen, die sie für erforderlich erachtet wird, Kräfte zu bemannen, die eustreichen, um die besondern Interessen des Arbeiters vollständig zu wahren. Bedingung ist dabei, dass diese Umstellungen im Zeitpunkte des Aufhörens jeder eistungsfähigen Seite des alliierten Mächte vollständig beendet sind.

Die Botschafterkonferenz hat die Internationalen Militärkontrollkommission angewiesen, diese Erklärung zur Kenntnis der deutschen Regierung zu bringen und alle Einzelfragen zu regeln, die das Schreiben Eurer Erzellen vom 16. November aufweist.

Das in der Note angekündigte Schreiben der Internationalen Kontrollkommission ist dem Auswärtigen Amt bisher noch nicht zugekommen. Es wäre voreilig, Schlüsse auf seinen Inhalt aus den Andeutungen der Note der Botschafterkonferenz zu ziehen.

Berliner Börse.

Berlin, 11. Januar.

Der heutige Berliner Devisenmarkt zeigte bei lebhaften Umlösen keine Tendenz. Der Dollar schwankte zwischen 175 und 180. Amtlich notierten Kabel New York 176.75, London 749, Holland 6500. Nach Beendigung der amtlichen Kursfestlegung machte sich eine leichte Abwärtsbewegung bemerkbar.

Einigung mit den rheinischen Eisenbahnlern.

Des Reichsverkehrsministerium gibt nach.

Berlin, 11. Januar.

Am 10. Januar 1922 kam nach vorbereiteten Verhandlungen zwischen Vertretern des Reichsverkehrsministeriums und des Deutschen Eisenbahner-Bundes eine Erklärung zu der am 21. Dezember 1921 getroffenen Vereinbarung zusammen. Danach erhalten die im Tarifverhältnis stehenden Eisenbahner des betreffenden Gebietes, soweit sie aus dem Osttarifzone B in die Osttarifzone C eingestuft werden, den Lebterierungszuschlag von 1 Mark. Der ist aus der Höherstufung ergebende Betrag von 40 Pf. wird mit dem Lebterierungszuschlag aufgerechnet, sodass die reale Belastung pro Stunde 1 Mark erhöht wird ab 1. Oktober 1922 bestrebt. Mit dieser Regelung hat das Reichsverkehrsministerium zugestimmt, dass es seine Erklärung der Ziffer 3 der Vereinbarung nicht anstrengt erhalten kann. Die Frage entscheidet, ob es auch in diesem Falle ein wenig war, die Eisenbahner des betreffenden Gebietes in eine Anregung zu verpfeifen, die für

die Außenpolitik Deutschlands verhängnisvolle Formen hätte annehmen können. Die von der Sozialdemokratischen Partei Kölns an die Reichsregierung und an den Parteivorstand in Berlin gerichteten Telegramme dürfen jedenfalls als der Ausdruck der hochadigen Erregung gelten, die inzwischen überall im besetzten Gebiet Platz gegeben hat. Auch in diesem Falle wurde dem Reichsverkehrsminister tagelang durch Vertreter des Deutschen Eisenbahner-Bundes auseinandergesetzt, dass sein ablehnender Standpunkt unmöglich aufrecht erhalten werden könnte. Trotzdem glaubte er, es mit der Gewährung des Lebterierungszuschlages an die Elbde, Köln und Norden bewegen lassen zu können, bis er dann durch die Verhältnisse gezwungen, nachgeben musste.

Die Verhandlungen über die Auslegung der Vereinbarung vom 21. Dezember bildeten ein Kapitel für sich. Als bestand, dass beide Rechtsparteien auf ihrem Standpunkt verharnten, glaubte der Minister, dem Stand durch ein Schiedsgericht aus der Welt schaffen zu können. Dieses Schiedsgericht sollte ein Dreimännerkollegium sein, zusammengesetzt aus dem Chefredakteur der Rätsellosen Zeitung, Borsig, dem Ministerialrat Himmel vom preußischen Finanzministerium und dem Reichstagsabgeordneten Bender. Ob dieses Schiedsgericht nun nach der erfolgten Neuordnung noch zusammenentreten wird, entzieht sich unserer Kenntnis. Sollte es der Fall sein, so ist das Ergebnis nach den Aussführungen des Ministers Groener nicht zweifelhaft. Es meinte während der Verhandlungen, doch Schulbuben nach dem Diktat eines Schulmeisters aus den Ziffern 3 nichts anderes herausfinden würden, als die Eisenbahnerverwaltung. Die während der Verhandlungen aus Köln und Koblenz in Berlin anwesenden Eisenbahner waren darüber allerdings anderer Meinung, und sie haben dem Minister und seinen Räten ziemlich unverblümmt ihre Meinung gezeigt. Anscheinlich ist noch die Tatsache, dass der Verfasser des Textes der Vereinbarung, Ministerialrat Dr. Rosen, einen Eisenbahner des besetzten Gebietes aus dem Verhandlungszimmer wies und sogar mit Besoldung durch die Staatsanwaltschaft drohte. Dabei hat der betreffende Eisenbahner nach seinen eigenen Worten nichts anderes ausgeführt als er im besetzten Gebiet der intergrierten Rheinlandkommission erklärt.

Deutsche Volkspartei und Steuern.

Über die Erhöhung der beiden Sozialdemokratischen Parteien und der gewerkschaftlichen Verbände zur Steuerfrage steht sich die Volkspartei selbst „Zeit“ folgendermaßen aus:

Das ist eine Kompromisslösung, sowohl wegen der Reaktion wie gegen die bürgerlichen Parteien. Die Mehrheitssozialdemokratie will offenbar, nachdem sie bisher das Steuerkompromiss unter mancherlei Schwierigkeiten hinweggeschleppt und hinterstehen hat, nunmehr nach dem Leipziger Berichtstage der Wirtschaftsminister die Schlacht wagen und eine Reichstagsabschaffung erzwingen. Sie hofft nun in einem Wahlgemeinde mit Steuerfreiheit gegen die Befreienden Verbändeschäfte zu machen. Zugleich glaubt sie eine Arbeitsgemeinschaft, wenn nicht Einigung mit den Unabhängigen zu erzielen und Deutschland mit einer rein sozialistischen Regierung beglücks zu können.

Über die Bedeutung, die es als „Parteischiff“ hinstellt, wenn die Sozialdemokratie die Besitzenden zur Erfüllung ihrer Pflichten am Staat heranziehen will, braucht sein Platz weiter vorzutragen zu werden. Offenbar ist aber aus der Notiz des volksparteilichen Platzes zweierlei; erstens die Einsicht, dass es der Sozialdemokratie mit ihren Steuerforderungen hofft ernst ist, und zweitens die Tatsache, dass die Volkspartei der Hoffnung Befreiung gegen eine ausreichende Besitzbesteuierung zu bleiben beabsichtigt.

Das rote Mitteldeutschland.

Sen a, 11. Januar.

Die bekannten Zusammenkünste der sozialistischen Minister von Sachsen, Anhalt, Braunschweig und Thüringen hat die bürgerlichen Parteien sehr beunruhigt, da man nicht wusste, was vorging. Zur Stellung der Regierung wurden in den einzelnen Parlamenten Anträge eingebracht, die über den Inhalt und Zweck der Beprechungen Auskunft wünschten. Der thüringische Sanitätsminister, Genosse Fröhlich, hat nun auf einer dieser Anträge unter anderem folgendes geantwortet:

„Die Ministerzusammenkünste der in der Anfrage genannten Länder liegen im gemeinsamen Interesse der Länder, die politisch gleichartige Regierungen aufzuweisen, begründet. Die Verhandlungen der Ministerzusammenkünste haben den Zweck, möglichst einheitliche Richtlinien auf dem Gebiete der Interessen der Länder zu finden. Als Zweck der Zusammenkünste waren nicht Grenzberichtigungen, die zwischen Sachsen und Thüringen stattzufinden haben, festzustellen.“

„Die Ministerzusammenkünste der in der Anfrage genannten Länder liegen im gemeinsamen Interesse der Länder, die politisch gleichartige Regierungen aufzuweisen, begründet. Die Verhandlungen der Ministerzusammenkünste haben den Zweck, möglichst einheitliche Richtlinien auf dem Gebiete der Interessen der Länder zu finden. Als Zweck der Zusammenkünste waren nicht Grenzberichtigungen, die zwischen Sachsen und Thüringen stattzufinden haben, festzustellen.“

„Die Ministerzusammenkünste der in der Anfrage genannten Länder liegen im gemeinsamen Interesse der Länder, die politisch gleichartige Regierungen aufzuweisen, begründet. Die Verhandlungen der Ministerzusammenkünste haben den Zweck, möglichst einheitliche Richtlinien auf dem Gebiete der Interessen der Länder zu finden. Als Zweck der Zusammenkünste waren nicht Grenzberichtigungen, die zwischen Sachsen und Thüringen stattzufinden haben, festzustellen.“

„Die Ministerzusammenkünste der in der Anfrage genannten Länder liegen im gemeinsamen Interesse der Länder, die politisch gleichartige Regierungen aufzuweisen, begründet. Die Verhandlungen der Ministerzusammenkünste haben den Zweck, möglichst einheitliche Richtlinien auf dem Gebiete der Interessen der Länder zu finden. Als Zweck der Zusammenkünste waren nicht Grenzberichtigungen, die zwischen Sachsen und Thüringen stattzufinden haben, festzustellen.“

„Die Ministerzusammenkünste der in der Anfrage genannten Länder liegen im gemeinsamen Interesse der Länder, die politisch gleichartige Regierungen aufzuweisen, begründet. Die Verhandlungen der Ministerzusammenkünste haben den Zweck, möglichst einheitliche Richtlinien auf dem Gebiete der Interessen der Länder zu finden. Als Zweck der Zusammenkünste waren nicht Grenzberichtigungen, die zwischen Sachsen und Thüringen stattzufinden haben, festzustellen.“

„Die Ministerzusammenkünste der in der Anfrage genannten Länder liegen im gemeinsamen Interesse der Länder, die politisch gleichartige Regierungen aufzuweisen, begründet. Die Verhandlungen der Ministerzusammenkünste haben den Zweck, möglichst einheitliche Richtlinien auf dem Gebiete der Interessen der Länder zu finden. Als Zweck der Zusammenkünste waren nicht Grenzberichtigungen, die zwischen Sachsen und Thüringen stattzufinden haben, festzustellen.“

„Die Ministerzusammenkünste der in der Anfrage genannten Länder liegen im gemeinsamen Interesse der Länder, die politisch gleichartige Regierungen aufzuweisen, begründet. Die Verhandlungen der Ministerzusammenkünste haben den Zweck, möglichst einheitliche Richtlinien auf dem Gebiete der Interessen der Länder zu finden. Als Zweck der Zusammenkünste waren nicht Grenzberichtigungen, die zwischen Sachsen und Thüringen stattzufinden haben, festzustellen.“

„Die Ministerzusammenkünste der in der Anfrage genannten Länder liegen im gemeinsamen Interesse der Länder, die politisch gleichartige Regierungen aufzuweisen, begründet. Die Verhandlungen der Ministerzusammenkünste haben den Zweck, möglichst einheitliche Richtlinien auf dem Gebiete der Interessen der Länder zu finden. Als Zweck der Zusammenkünste waren nicht Grenzberichtigungen, die zwischen Sachsen und Thüringen stattzufinden haben, festzustellen.“

„Die Ministerzusammenkünste der in der Anfrage genannten Länder liegen im gemeinsamen Interesse der Länder, die politisch gleichartige Regierungen aufzuweisen, begründet. Die Verhandlungen der Ministerzusammenkünste haben den Zweck, möglichst einheitliche Richtlinien auf dem Gebiete der Interessen der Länder zu finden. Als Zweck der Zusammenkünste waren nicht Grenzberichtigungen, die zwischen Sachsen und Thüringen stattzufinden haben, festzustellen.“

„Die Ministerzusammenkünste der in der Anfrage genannten Länder liegen im gemeinsamen Interesse der Länder, die politisch gleichartige Regierungen aufzuweisen, begründet. Die Verhandlungen der Ministerzusammenkünste haben den Zweck, möglichst einheitliche Richtlinien auf dem Gebiete der Interessen der Länder zu finden. Als Zweck der Zusammenkünste waren nicht Grenzberichtigungen, die zwischen Sachsen und Thüringen stattzufinden haben, festzustellen.“

„Die Ministerzusammenkünste der in der Anfrage genannten Länder liegen im gemeinsamen Interesse der Länder, die politisch gleichartige Regierungen aufzuweisen, begründet. Die Verhandlungen der Ministerzusammenkünste haben den Zweck, möglichst einheitliche Richtlinien auf dem Gebiete der Interessen der Länder zu finden. Als Zweck der Zusammenkünste waren nicht Grenzberichtigungen, die zwischen Sachsen und Thüringen stattzufinden haben, festzustellen.“

„Die Ministerzusammenkünste der in der Anfrage genannten Länder liegen im gemeinsamen Interesse der Länder, die politisch gleichartige Regier

Wir besuchten verschiedene Bauernhäuser, das Gemeindehaus, die amerikanischen Speiseanstalten und den Mullah. Fast in jeder Hütte lagen Kranke, zu Skeletten abgemagerte oder aufgedunsene Kinder, halbnackt, meinend oder ganz apathisch. Gemahlene Blätter oder Eicheln bilden fast die einzige Nahrung dieser Unglückslichen. Im Dorfe befinden sich fast 3000 Einwohner, keinerlei medizinische Hilfe und kein Ambulatorium oder Krankenhaus. Die Hütten können nicht mehr geheizt werden, da der Wald ziemlich weit entfernt liegt, die Pferde fast alle aufgezehrt sind und die Menschen nicht die Kraft haben, größere Strecken zurückzulegen. . . . Sammeln zeigten mit Frauen die letzten „Mehl“- und „Brot“-Roste. Zurzeit vegetiert die Bevölkerung in den Tartarendörfern im Kanton Swijschak zum Teil nur noch dadurch, daß die letzten Viehbestände abgeschlachtet und aufgegessen werden. Allenthalben sind die Viehbestände bereits um etwa vier Fünftel reduziert. Das letzte Fünftel ist, nachdem die letzten Futtermittel (Blätter) aufgezehrt sind, völlig ohne Futter und wird gegenwärtig teils abgeschlachtet, zum Teil bricht es verhungert zusammen.

In fast allen Häusern liegen ein bis drei Kranke oder Schwache. Aufsässig war gegenüber der enormen Menge von Kranken und Schwachen in den Häusern die geringe Zahl von Kranken in den Krankenhäusern in Swijschak; nur die Infektionsabteilung war mit Flecktyphus- und Rekurrenzkranken eingerichtet, aber lange nicht voll belegt. Wie uns der Kreisarzt sagte, hat die Landbevölkerung das Vertrauen zu den Arzten verloren, ja man beschuldigt stellenweise in übergläubischer Phantasie die Arzte, daß sie die Schuld an dem Unglück hätten. — Auch wußte man, daß die Arzte doch nicht mit Medikamenten helfen könnten, da sie jetzt keine mehr hätten. . . .

Alles bisher Geschahene und auch unsere Aktion, es ist nicht mehr, als Tränen auf heiße Steine. Nur eine schnelle gemeinsame, großzügige Aktion aller Nationen, die wirklich helfen wollen, mit Lebensmitteln und abermals Lebensmitteln kann — wenigstens einem Teile der an Hunger und Seuchen aussterbenden Bevölkerung — Rettung bringen, wenn sie sofort einsetzt.

Die im Überschluß Lebenden sollten dem Beispiel der Nordamerikaner folgen, die als erste mit großen, und doch für die Millionen Hungernder so geringen Lebensmittelmengen gesonnen sind und im Gouvernement . . . täglich 150 000 Kartofföckchen an Kinder verteilen.

Die Verwaltungsreform in Russland.

Moskau, 7. Januar.

Die Kommission für Abbau des Verwaltungspersonals, die unter dem Vorsitz Larins arbeitet, gibt bekannt, daß in sechs Kommissariaten allein nur 10 Proz. des Personalstandes vom Oktober beibehalten werden. Außerdem hat der 9. Allrussische Sowjetkongress beschlossen, mehrere Gouvernements und Kreise, deren Größe den Durchschnitt nicht erreicht, in größeren Einheiten aufzugehen zu lassen. Die „Ekonominacheschaja Schrift“ schreibt:

Überall lesen wir über alle möglichen Arten des Bürokratismus. Um gegen alle diese Erscheinungsformen des Bürokratismus anzukämpfen, haben wir die Arbeiter- und Bauerninspektion ins Leben gerufen. Welche Resultate aber eigentlich diese Maßnahmen gezeigt haben, darüber wird nicht gesprochen. Wir kennen nicht die Resultate des Arbeiter- und Beamtenabbaues, der Entfernung der untuglichen Elemente, ob dadurch eine gewisse Verbesserung der Lage erzielt wurde, und worin diese Verbesserung besteht. Wir wissen nicht, was zur Vereinfachung des Verwaltungsapparates und zur Vermeidung der Verschleppung der Erledigung der Angelegenheiten unternommen worden ist. Wir wissen nicht, wie viel Bürokraten und Verleger der Gesetz durch das Reklamationsbüro ihrer Posten entthoben und zur Verantwortung gezogen worden sind. Wenn wir die Geschäftsbücher der Wirtschaftskonferenzen lesen, so müssen wir konstatieren, daß dies, einige Fälle abgesehen, wohl kaum vorlässt. Es ist daher nicht zu verwundern, daß die Wirtschaftskonferenzen, wenn sie die Resultate ihres Kampfes gegen den Bürokratismus prüfen, selbst eingestehen, daß hier entweder überhaupt keine positiven Resultate erzielt wurden oder, daß sie ganz nichts sagend sind. Aus all diesem müssen wir die Schlüssefolgerung ziehen, daß weiterhin Bürokratismus und langsame Erledigung der Angelegenheiten die Regel sind und daß man erst jetzt angefangen hat, die Bestimmungen des 8. Allrussischen Sowjetkongresses über den Kampf gegen den Bürokratismus zu verwirklichen. Diese Bestimmungen müssen durch Taten und nicht durch Worte verwirklicht werden, und dann wird es uns möglich sein, uns den wichtigsten Aufgaben unseres wirtschaftlichen Aufbaues vollkommen zu widmen.

Bayern und Tirol.

(Von unserem Münchener Korrespondenten.)

Die Bestrebungen bayrischer wie Tiroler Reaktionäre, ihre partikularistisch-dynastischen Interessen gegen die Einheit der großdeutschen Republik durchzusetzen, treten in letzter Zeit immer unverhüllter auf. Während bis jetzt nur Sendboten der bestehenden Brüder, des Dr. Steidle in Innsbruck und des inoffiziellen Nachfolgers Eicherichs in München, Major Horadam vom Freikorps Oberland, im Dunklen arbeiteten mit dem Ziel: Wien zu isolieren, die deutschen Grenzfänder einem habsburgischen Ungarn zu überantworten und Bayern, Tirol und Salzburg unter Wittelsbacher Flagge vom Reich loszutrennen — werden diese Kampfspiele der Bayrisch-Tiroler Monarchisten bereits in aller Öffentlichkeit distilliert.

So erklärt Dr. Steidle in einer seiner letzten Radarsammlungen: Auf ein Zeichen würde sich mit Tirol ein Teil der anderen Bundesländer vor Wien lossagen. Die paar Hundert Mann Reichswehr könnten dies nie verhindern. Die Sache werde von der Tiroler Heimatswehr schon gemacht werden. Tirol hänge wirtschaftlich einzigt und allein mit Bayern zusammen. Dort befindet es seine landwirtschaftlichen Maschinen, dorthin führe es sein Vieh aus. Ein einziges österreichisch-habsburgisches Alpenvorland könnte sich auf einige Zeit selbst genügen. Als einziges Hemmnis nennt Steidle die Tiroler Sozialdemokratie, sie aber werde sich sonst und die Mehrheit werde mit ihm sein.

Unser Innsbrucker Parteizeitung, die „Volkszeitung“, wendet sich energisch gegen die Sprache des Tiroler Radarspolitikers. Sie schreibt: Steidle werde sich gründlich täuschen, wenn er glaube, die Sozialdemokratie vor seinen monarchisch-reaktionären Parteifäden schützen zu können. Die Sozialdemokratie habe seit der großdeutschen Republik und bis diese verwirklicht sei, an einem einzigen Deutsch-Oesterreich. Gegen Hochvortrot und Putschgelüste werde sie zu handeln verstehen.

Trotz allem, ist es äußerst bedenklich, wenn ein Mann wie Steidle es wagen kann, in aller Öffentlichkeit seine Pläne, die im Grunde genommen auf eine Zerschlagung des deutschen Reiches hinausgehen, klarzulegen. Inwieweit hierbei dynastische Interessen die Hand im Spiel haben, ist schwer festzustellen; sicher ist, daß der Mann, der den Eintritt in die Rechte seines Vaters proklamiert hat, der ganzen Bewegung nicht fern steht.

Kann sich Deutschland selbst ernähren?

Von Erwin Barth.

Bei der Begründung der landwirtschaftlichen Schutzzölle in der Vorkriegszeit hat man sehr häufig aus agrarischem Munde die Behauptung gehört, daß die deutsche Landwirtschaft in der Lage wäre, ihre Erträge so zu steigern, daß die deutsche Volksnahrung vom Auslande unabhängig werden kann. Sie ist es aber nicht geworden. Im Jahre 1913 entfielen 25,6 Prozent des gesamten Einführwertes Deutschlands auf Nahrungs- und Genussmittel und weitere 2,7 Proz. auf lebende Tiere. Die Ausfuhr landwirtschaftlicher Erzeugnisse war demgegenüber erheblich geringer. In den letzten Jahren vor dem Kriege wurden von 100 Deutschen etwa 83—85 aus der einheimischen Erzeugung und 15—17 aus der ausländischen Nahrungsmittelleinfuhr ernährt. Dann kam der Krieg, der infolge der Blockade, der Verminderung von tierischer und menschlicher Arbeitskraft in der Landwirtschaft und aus ähnlichen Gründen mehr einen erheblichen Rückgang des Ertrages der deutschen Landwirtschaft brachte.

Die Aussichten, nach Abschluß des Krieges die deutsche Volksnahrung mit Hilfe der inländischen Erzeugung bald wieder auf einen normalen Stand zu bringen, wurden durch den Waffenstillstand und dann durch den Friedensvertrag vernichtet. Abgesehen von dem Verlust der Gebiete von hoher industriewirtschaftlicher Bedeutung, von dem Verlust der Handelsplätze und der Auslandsguthaben, deren Erträge die deutsche Zahlungsbilanz vollkommen in Ordnung hielten, sind durch den Friedensvertrag die wertvollsten landwirtschaftlichen Bezirke und Nebenschußgebiete von Deutschland abgetrennt worden.

Allein in den abgetrennten Gebieten Posen und Westpreußen sind im Jahre 1913 an Kartoffelernten rund 73 Millionen Zentner Getreide geerntet worden, ferner rund 180 Millionen Zentner Kartoffeln, außerdem fast 65 Millionen Zentner Feld- und Wiesenfutter und über 30 Millionen Zentner Zuckerrüben. In diesen Gebieten gab es rund 570 000 Pferde, 1 125 000 Stück Rindvieh, 675 000 Schafe und weit mehr als 2 Millionen Schweine. Mit dieser beiden Abtretungsgebieten allein sind uns 4,2 Prozent Einwohner, aber 16,6 Proz. der gesamten Kartoffelernte, 12,2 Proz. des Getreides, 7,7 Proz. des Feld- und Wiesenfutters und rund 15 Proz. der Zukerrübenproduktion verloren gegangen. Aus diesen Angaben wird klar, daß die deutsche Ernährungsbasis empfindlich verringert worden ist. Das geht aber auch aus der Außenhandelsstatistik der letzten Jahre hervor.

Im Jahre 1920 weist die Handelsbilanz Deutschlands ein Defizit von beinahe 2½ Milliarden Goldmark auf. Das entspricht ungefähr der Summe, die wir für ausländische Lebensmittel bezahlen mußten. Im Jahre 1921 sind die Verhältnisse nicht besser geworden. Der Anteil der Nahrungs- und Genussmittel an der deutschen Gesamteinfuhr betrug im Durchschnitt der Monate Juni—August rund 40,2 Prozent. Wenn man die lebenden Tiere hinzurechnet, erhöht sich der Prozentsatz auf 43. Landwirtschaftliche Produkte sind in nemenswertem Maße nicht ausgeführt worden. Unter dem Einfluß der sprunghaften Geldnotwettung seit jener Zeit sind die Verhältnisse noch ungünstiger geworden.

Es leuchtet ohne weiteres ein, daß diese ungemein schwere Abhängigkeit der deutschen Volksnahrung vom Auslande ein schweres Unglück ist. Augenblicks der Unmöglichkeit, unsere industrielle Produktion so zu stärken, daß wir aus ihrem Überschuß sowohl die Reparationslasten als auch die ausländische Nahrungsmittelleinfuhr und überdies noch das beträchtliche Defizit in der deutschen Zahlungsbilanz bestreiten können, bleibt uns zunächst nur der Ausblick einer immer stärkeren Verpfändung im Auslande, die natürlich irgendwo eine Grenze hat. Ist diese Grenze aber erreicht, so heißt es brutal und nüchtern, den Hungerriemen anspannen und der düsteren zynischen Prophezeiung Clemenceaus: In Deutschland leben 20 Millionen Menschen zuviel unmittelbar ins Auge schauen. Denn wir sind tatsächlich gezwungen, etwa den dritten Teil der deutschen Bevölkerung, also 20 Millionen Menschen, mit ausländischen Lebensmitteln zu ernähren, ohne daß uns die Möglichkeit zurückergeben ist, durch diese Menschen und durch entsprechende industrielle Produktion das zu beschaffen und das zu bezahlen, was uns das Ausland geben muß.

Was bei dieser Sachlage zu tun ist, ist zunächst dahin zu beantworten, daß wir uns mit allen Mitteln und Kräften dafür einsetzen müssen, daß die Landwirtschaft nicht nur auf ihre frühere produktive Höhe, sondern noch darüber hinaus gesteigert wird und daß jedes Stück kultivierbaren Bodens in Deutschland, die Millionen von Hektar Oder- und Moosaland, durch eine großzügige staatliche Aktion industriell und in schnellstem Tempo zu Fruchtfeld verwandelt wird. Des Ausland kann uns auf die Dauer bei gleichbleibender Produktivität der deutschen Wirtschaft nicht erhalten. Wir müssen uns selber helfen. Diese Selbsthilfe ist auch dann nicht zu entbehren, wenn einmal der Friedensvertrag revidiert wird, denn die günstigen Lebensbedingungen der Vorkriegszeit werden wir gewiß niemals wieder bekommen.

Inwieweit wir die Fruchtbarkeit und Ertragsfähigkeit der deutschen Erde steigern können, ist sehr schwer vorauszusagen, und es ist schwer zu glauben, daß wir uns bei der gleich hohen Bevölkerungszahl vollkommen vom ausländischen Nahrungsmittelmarkt unabhängig machen können.

Die Landwirtschaft hat das für das alte Reichsgebiet wiederholt behauptet, und nun behaupten die unerkannten Führer der deutschen Landwirtschaft, daß es auch unter den ungünstigeren Gebietsverhältnissen des Reiches möglich wäre, den Gesamtbedarf an Lebensmitteln für die deutsche Bevölkerung auf heimatlicher Erde zu erzeugen. Der Reichsausschuß der deutschen Landwirtschaft hat am 15. Dezember des vergangenen Jahres einen Beschlus gefaßt, in dem es heißt, er ist „überzeugt“, daß außergewöhnliche Mittel und Maßnahmen die deutsche Landwirtschaft instand setzen können, zur Sicherstellung der Volksernährung die erforderliche Steigerung der Erzeugnisse aus eigener Kraft in nachhaltiger Zusammenarbeit von Arbeitgebern und Arbeitnehmern herbeizuführen.“ Dadurch sei es möglich, „unsere Volksernährung vom Ausland unabhängig zu machen.“ Es heißt weiter, daß die Landwirtschaft dieses Hilfswerks „aus sich heraus aufzubauen“ bereit ist, daß die Landwirtschaft als Ganzes für die Durch-

führung des Hilfswerkes einstehe. Nur müsse staatlicher Zwang ausgeschlossen sein. Die notwendigen Befugnisse seien den Landwirtschaftskammern zu übertragen.

Die Ausgabe soll erfüllt werden durch: intensive Bodenbearbeitung und planmäßige Bodenverbesserung, zweckentsprechende und verstärkte Düngung, Förderung der Pflanzenzucht, richtige Sortenwahl und Wechsel des Saatgutes, planmäßige Unkraut- und Schädlingsbekämpfung, Vermehrung und Verbesserung des Haftrichtbaues, gesteigerte und verbesserte Futtererzeugung, Rationalisierung der Verwendung zweckmäßiger Maschinen und Geräte, Erbung und Förderung der Viehzucht. Ferner Ausbau des landwirtschaftlichen Schulwesens, Vermehrung der Kulturlandschaft zur Erleichterung und Fortführung der inneren Kolonisation, Schaffung technischer und finanzieller Voraussetzungen durch den Staat für Erschließung von Moor- und Dörfchen, Sicherung von Personen und Eigentum, wirtschaftlicher Schutz des landwirtschaftlichen Betriebes gegen födernde Eingriffe, ausreichende und rechtzeitige Versorgung der Landwirtschaft mit füllstlichem Dünger und anderen Produktionsmitteln, Maßnahmen zur Deckung des landwirtschaftlichen Arbeiterbedarfs, unmittelbare Verbindungen zwischen Erzeugern und Verbrauchern. „Auf dieser Grundlage werde die deutsche Landwirtschaft alle ihre äußersten Kräfte anspannen, um aus heimatlicher Erde die Gewinnung des wirtschaftlichen Lebens sicherzustellen.“ Notwendig sei dabei, die „steuerliche Berücksichtigung von Eigenkapital, das der Landwirt zur dauernden und nachhaltigen Steigerung des Ertrages in der eigenen Wirtschaft aufwendet.“

Dieses Programm ist wohl als Gegenstück zur Kreditaktion der Industrie gedacht. Natürlich hängt dabei auch einige Pferdefüße heraus. Man wünscht insbesondere von den Steuererhebern nicht allzu häufig besucht zu werden. Wenn damit dahin gezielt wird, den Nutzen der Landwirtschaft zu ungünstigen der Polisgesamtheit besonders zu schützen, so kalkuliert man zweifellos daneben. Wenn damit aber gezeigt sein soll, daß die großen Vermögensteile, die die Landwirtschaft aufgeworfen hat, durch irgendwelche sicheren Mittel als Betriebsmittel zugunsten der Ernährung des deutschen Volkes verwendet werden sollen, so ließe sich darüber reden. Die Regierung wird wahrscheinlich bald Gelegenheit nehmen, sich mit den Führern der Landwirtschaft über diese Richtlinien für ein Produktionsprogramm auszusprechen, und in diesen Besprechungen muß das ganze Volk von der Regierung fordern, daß die Regierung jedem Versuche egoistischer Interessensförderung mit Nachdruck begegne. Die Landwirte haben mit diesem Beschuß versprochen, die deutsche Ernährungswirtschaft auf eigene Füße zu stellen. Sie haben gleichzeitig versprochen, dieses Werk aus vaterländischem Pflichtgefühl zu vollbringen. Nun sollen sie zeigen, daß sie die großen Opfer, die sie angekündigt haben, auch zu bringen vermögen.

Südwirtschaft.

Butterauktionen.

Hamburg, 11. Januar.

Stetzes Anziehen der Butterpreise.

Auf der heutigen 33. Butterauktion der Meierei-Verbände von Schleswig-Holstein machte sich infolge der knappen Zufuhren und der sehr regen Nachfrage ein starkes Steigen der Preise bemerkbar. Diese bewegten sich von 44,50—45 Pf. das Pfund gegen 38,50—39 Pf. auf der vormaligen Auktion. Zu diesen Preisen kommt noch ein Zuschlag von 1 Prozent Kabelingsgef.

Niehmärkte.

Hamburg, 10. Januar.

Bon der Landwirtschaftskammer für die Provinz Schleswig-Holstein. Geschäftsstelle am Hamburger Schlachthofmarkt, wird uns mitgeteilt:

Käfermarkt.

Preis für 100 Pfund

Lebendgewicht

Doppellender	1800—2000	Pf.
1. Qualität Kälber	1450—1600	
2. Qualität	1200—1400	
3. Qualität	800—1100	

nächster Kälber. Auf der Handel verließ unverändert gut. Durch die Landw.-Kammer wurden 84 Kälber verkauft.

Schweinemarkt.

Preis für 100 Pfund

Lebendgewicht	1700—1750	Pf.
beste, schwere, reine Ware über 260 Pfund	1600—1650	
mittelmäßige Ware, 200—260 Pfund	1450—1550	
alte, leichte Ware unter 200 Pfund	1200—1400	
geringere Ware	1550—1650	
beste Sauen	1850—1900	
geringere Sauen	1550—1600	

Marktauflauf: 4500 Stück. Der Handel verließ bei reichlichem Angebot sehr ruhig. Durch die Landw.-Kammer wurden 325 Schweine verkauft.

Devisen-Kurse.

Berlin, 11. Januar.

Amtliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

	11. Jan.	10. Jan.
Amsterdam	100 fl.	6498,50
Brüssel (Antwerpen)	100 Frs.	1398,60
Kristania	100 Kr.	2747,25
Kopenhagen	100 Kr.	3511,45
Stockholm	100 Kr.	4420,55
Helsingtors	100 finn. Mk.	324,65
Rom	100 Lire	759,20
London	1 £	748,25
New York	1 Doll.	176,57
Paris	100 Frs.	1448,55
Zürich	100 Frs.	3426,55</td

Es geht weiter!

Inventur-

AUSVERKAUF

in allen Abteilungen unseres Hauses!

Von den vielen zum Verkauf gestellten Artikeln
bieten wir heute außerordentlich billig an:

Glasteller	verschiedene Muster, jetzt	95 Pt.
Glasschalen	verschiedene Muster, jetzt	95 Pt.
Butterglöckchen	mit Teller, jetzt	8 ²⁵
Käseglocken	groß, mit Teller, jetzt	17 ⁷⁵
Wasserkaraffen	mit Glas, jetzt	4 ⁷⁵
Weingläser	Römer, antiker Fuß, jetzt	7 ⁵⁰
Kaffeekannen	Porzell., m. kl. Fehlern, jetzt	7 ²⁵
Bratenplatten	groß, mit kl. Fehlern, jetzt	6 ²⁵
Kuchenteller	ca. 30 cm, m. kl. Fehlern, jetzt	2 ⁵⁰
Kaffebecher	weiß, mit kl. Fehlern, jetzt	1 ⁷⁵
Waschservice	stielig, dekoriert, jetzt	48 ⁵⁰
Nachtgeschirre	weiß, mit kl. Fehlern, jetzt	9 ⁷⁵

Elektrische	Tisch-Lampen	mit Kuppel und Steckkontakt
		Jetzt 62. ⁵⁰

Porzellan-	Geschirre	mit Goldrand und Lübecker Adler
		Jetzt 50% mit Kassenrabatt

Gussierne	Kochtöpfe	innen weiß emailliert
		10 Liter Inhalt, jetzt 51.—
		6 Liter Inhalt, jetzt 45. ⁰⁰

Porzellan-	Kaffeetassen	extra stark, mit Untertasse
		Jetzt 3. ⁵⁰ Stück

Speiseteller	glatt, tief und flach, teils mit kleinen Fehlern
	Jetzt 1. ⁹⁵ Stück
	glatt, Feston mit Goldrand, jetzt 6. ²⁵

Verzinkte	Waschkessel	starkes im Vollbad verzinktes Fabrikat, mit Sieb u. Deckel
		Jetzt 86. ⁵⁰

Bratenpfannen	versch. Größen, durchw. jetzt	4 ⁷⁵
Füllöffel	emailliert, groß, jetzt	3 ⁷⁵
Teesiebe	emailliert mit auswechselb. Sieb, jetzt	1 ³⁵
Waschschalen	emaill., w. ca. 26 cm, jetzt	9 ²⁵
Durchschläge	Alum. mit Stiel, ca. 15 cm, jetzt	8 ²⁵
Tischmesser	Alum. Solinger Stahl-Klinge, jetzt	6 ⁷⁵
Wäscheleinen	kein Papier ... Meter, jetzt	45 Pt.
Metall-Topfreinig.	"Bengo" ..., jetzt	1 ²⁵
Lederschwamm	zum Fensterputzen, jetzt	2 ⁹⁵
Seifenbürsten	mit Stiel, jetzt	2 ⁷⁵
Scheuersand	Blitzblank 1-Pf.-Pak. jetzt	30 Pt.
Zahnbursten	Berste, jetzt	95 Pt.

Holstenhaus

G. m. b. H.

Das leistungsfähige Kaufhaus für Jedermann.

Lübeck

Kein Verkauf zu Wiederverkäufer

Mengen-Abgabe vorbehalten

NDL
NORDDEUTSCHER LLOYD
BREMEN

Seereisen
nach NORD- u. SÜD =
AMERIKA
in
Dritter Klasse
mit eigenen modern eingerichteten Dampfern
Vertreter in Lübeck: C. P. Schau & Co.
Unterstraße 12/13

Verband der Gärtnerei u. Gärtnereiarbeiter.

(11762)

Die Generalversammlung am 14. d. Mon. fällt aus. Nähere Bekanntmachung erfolgt.
Der Vorstand.

Gärtner-Verein
für Süden und Umgang
e. G. m. b. H.

(11763)

Bezirks-
Versammlung
für die Mitglieder der Barenabgelebte 18

Kronsford Allee
am Sonnab., 14. Jan.,
abends 7^{1/2} Uhr,
im Lokale des Herrn Rieckhoff, Geriner Str.

Barenabgelebte 30
Siems

am Sonnab., 14. Jan.,
abends 7^{1/2} Uhr,
im Lokale des Herrn Schwarz, Herrenbrücke.

Zegeordnung:
I. a) Geschäftsbereicht
b) Vorlegung des Gesellschaftsvertrages.

c) Erhöhung des Gesellschaftsanteils.
d) Eigene Bäckerei.

II. Bericht des Genossenschaftsrates.
III. Erörterungswahlbericht.
(11775)

IV. Geschäftsjahresbilanz.

Zegenordnung bitten wir um recht zeitigen Bezug.

Gewerkschaftshaus

Morgen Freitag:

Großer Ball.

Damen Eintritt frei.

Zentral-Kranken-Unterstützung verein der Schmiede u. verw. Gew.

Mitglieder-
Versammlung

am Montag, d. 16. 1. 22,
abends 7^{1/2} Uhr,
im Losafe Wulf,

Große Burgstraße 21.
Ertheilnen dringend notwendig.

(11728)

Zentral-Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter.
Bahlstelle Lübeck.

Jubel und Trubel.

Maskenzug 8^{1/2} Uhr.

Kassenöffnung 6^{1/2} Uhr.

Wer diesem Maskenzug nicht beiwohnt, hat 1922 nicht gelebt.

Der Vorstand.

Luisenlust.
Sonnabend, den 14. Januar:
Großer Preis-Masken-Ball
vom Verein S. K. L.

Geldpreise
Jubel und Trubel.

Maskenzug 8^{1/2} Uhr.
Kassenöffnung 6^{1/2} Uhr.

Wer diesem Maskenzug nicht beiwohnt, hat 1922 nicht gelebt.

Der Vorstand.

Geflügel - Ausstellung
Samstag, 11. Jan. u. Sonntag, 12. Jan., im Konzerthaus Friedrichsholz.

Schwartauer Allee 111.

Erlöf Finnung
Sonnabend morgen 9 Uhr.

Zeitreich! Günstigste Kaufgelegenheit!

Der Vorstand.

Hansatheater.

Heute Donnerstag,
7^{1/2} Uhr: (11722)
Die lustige Witwe.
Freitag 7^{1/2} Uhr:
7. Vorst. im Freitag-
Abonnement.
Das Fräulein vom Amt.

Sonnabend:
Die lustige Witwe.
Vorzeige:
Montag, d. 16. Januar,
abends 8 Uhr:
Gastspiel der Hamburgs
Kommerzielle

„Das Friedensfest“
Drama in 3 Akten v.
Gerhart Hauptmann.

Stadttheater Lübeck
Donnerstag, 12. Jan.,
Zum ersten Male.
Wenn wir Toten erwachen.
Von Henrik Ibsen.

21. Ab-Vorst. Bühn. A.
Entrichtung der Abonnementrate für die 2. Hälfte vor Beginn der Vorstellung.

Freitag, 13. Jan. 7 Uhr.
Lohengrin.
21. Ab-Vorst. Bühn. A.

Sonnabend, 14. Jan. 6.30
Zum letzten Male:
Peer Gynt.

21. Ab-Vorst. Bühn. A.
Sonntag, 15. Jan. 2.15 U.
6. Fremden-Vorst.
Margarete (Faust).
Karten an der Theater-
kasse.

7.30: Die Giedemanns.

Die noch nicht bezahlten 2. Abonnementsraten werden in der Theatern-
kasse gegen Vorlegung der Karten entgegen-
nommen.

Die Vorbestellgebühr ist von 60 Pf. auf 100
Mark erhöht worden.

Metz (11751) Großküche diese Woche
und übertragen bei
Konditorei, Giess-, Tiefkühl-
Gebäck, Joghurt
Flasche 2,75 u. 4,25 Mark
Seif. Käsef.
Ein neues
Schuhgeschäft
Pegelstraße 17
eröffnet. (11721)
Sobere, gute und
billige Arbeit.
Bitte um gütigen Zu-
stand. Tiefmann & Zehel

Pelzgarnituren
neue moderne u. bill. art.
gezaubert. Dr. Wagner,
(11725) Seestraße 8

Möbel (11752)
Sessel, Sofas, Sessel-
gruppen, Küchen.
Rechts Möbelhaus
Fischergasse 25/27.

Deutscher Transportarbeiter-
Verband.
(11765)

Versammlung
der
**Kohl- und Blod-
Wagenfahrer**
am Freitag, den 12. Jan.,
abends 7^{1/2} Uhr
in
Savetschitzsche
Savetschitzsche
Einsc.
Lebensmittelgewerbe.
Die Ortsverwaltung.

Zegeordnung:

16. Markthallenstand 16.
Ochsen- und Hammelbacken
bis jetzt ohne Annahme, ungesalz., Bfd. 9.—, 6.50
Der Vorstand.

Freistaat Lübed.

Donnerstag, 12. Januar.

Eine Erhöhung der Hundesteuer

Erkundigt der Senat bei der Bürgerschaft. In der Begründung heißt es, daß bei der früheren Erhöhung neben dem Wunsche einer angemessenen Steuermehrereinnahme für die Erhöhung der Steuersätze die Gewöhnung maßgebend gewesen sei, daß dadurch der starke Zunahme der Hunde, die nach Kriegsschluß zu bemerkt waren, Einhalt gehalten würde. Eine Abnahme der Hunde war dringend erwünscht, da die vielen, zum Teil ohne Tüpfel sich herumtreibenden Tiere die Straßen stark verschmutzten, die öffentlichen gärtnerischen Anlagen beschädigten und Passanten, besonders kleine Kinder, durch Anrennen und Anstellen belästigten und sogar in Gefahr brachten, was den gerechten Unwillen der Bevölkerung erregte. Die Hoffnung auf einen Rückgang der Zahl der Hunde hat sich aber keineswegs verwirklicht; vielmehr hat sich auch im letzten Jahre eine bedeutende Zunahme der Hunde sowohl im Stadtgebiet als auch in den Landbezirken herausgestellt, wie folgende Übersicht darstellt:

Anzahl der Hunde, für welche die Steuer bezahlt wurde:

Stadt	Land
1917 . . .	1585 964
1918 . . .	1586 935
1919 . . .	1705 996
1920 . . .	2449 1187
1921 . . .	3511 1648 bis einschl. 11. Nov. 1921.

Das Polizeiamt hat bisher beantragt, eine weitere Erhöhung der Steuertasse vorzunehmen, zumal auch in den meisten übrigen Städten eine erhebliche Erhöhung der Hundesteuer entweder erfolgt oder in Aussicht genommen ist. So beträgt z. B. in Berlin die Hundesteuer für einen Hund 200 M., für den zweiten 200 M. und für jeden weiteren Hund je 100 M. mehr. In Altona wird für einen Hund eine Steuer von 120 M. für jeden weiteren 200 M. erhoben. In Hamburg hat der Senat vor kurzem beantragt, die Steuer für einen Hund von 75 M. auf 200 Mark, für jeden weiteren auf 300 M. zu erhöhen. (Der Antrag wurde von der Bürgerschaft genehmigt. Red.)

Um einzelnen hat das Polizeiamt vorgeschlagen, die Steuer für einen Hund, der von einem Bewohner der Stadt Lübed oder ihrer inneren Vorstadt gehalten wird, von 50 M. auf 150 M. und für einen Hund, der von einem Bewohner des übrigen Staatsgebietes gehalten wird, von 30 M. auf 50 M. zu erhöhen, mit der Maßgabe, daß für jeden weiteren Hund die Steuer statt um 50 M. für den zweiten, 100 M. für den dritten und 200 M. für den vierten und jedem weiteren Hund um je 100 M. für die Stadt bzw. 50 M. für das Landgebiet erhöht wird.

Weiter hat das Polizeiamt darauf hingewiesen, daß besonders seit Erhöhung der Hundesteuer im Februar 1921 eine außöllend starke Nachfrage nach Ersatzsteuermarken festgestellt sei, die für den Ersatz verlorener oder unbrauchbar gewordener Steuerzeichen gegen Zahlung von 3 M. ausgetauschen werden. Es liege die Vermutung nahe, daß diese Ersatzsteuermarken zum großen Teil in betrügerischer Weise verwendet werden, indem sie für einen zweiten Hund oder für den steuerpflichtigen Hund eines Dritten gefordert und benutzt würden. Eine Kontrolle und Feststellung in dieser Hinsicht sei schwierig. Es sei daher angebracht, auch die Gehöft für diese Ersatzsteuerzeichen vermehrt auf etwa 30 M. zu erhöhen.

Endlich hat das Polizeiamt empfohlen, im § 11 des Gesetzes vom 16. Februar 1921 zur Klärstellung hinter den Worten: "Der Entzug der Steuer ist" die Worte: "für die Stadt, die Vorstädte und die eingemeindeten Gebiete" einzufügen.

Der Bürgerausschuß

wählte in seiner Sitzung am Mittwoch den Genossen Alfred Dreger zum Vorsitzenden, die Herren Gebhard und Klein zu Stellvertretern. Der Bürgerausschuß genehmigte resp. befürwortete dann folgende Senatsanträge: 1. Mittel für bauliche Maßnahmen im Umsiedlungsgebäude Unterstraße 104; 2. Bereitstellung

von Mitteln behufs Teilnahme bedürftiger Kinder an der Quäntigung; 3. Nachbewilligung des Mehrbedarfs für die erste Einrichtung der staatlichen Milchküche; 4. Verkauf einer Landfläche an die Hartigwerke "Sirius" Aktiengesellschaft; 5. Verkauf eines Bauplatzes an den Travemünder Landstrasse in Siems; 6. Verkauf einer Landfläche auf dem Grundstück Kronsforder Allee 48; 7. Austausch von Landstücken in Travemünde mit der Lübed-Büchener Eisenbahn-Gesellschaft; 8. Ankauf eines Grundstücks in Dänischburg (nur unter der Bedingung, daß die Kosten von der Lübed-Büchener Eisenbahn-Gesellschaft getragen werden); 8. Ankauf eines Grundstücks in Dänischburg; 9. Nachbewilligung für die lübedische Gelandtschaft für 1920; 10. Verbesserung der Fernprephonlage der Staatsanwaltschaft; 11. Mittel für die Wahl der Vertrauensmänner und Ersatzmänner für die Angestelltenversicherung; 12. Beihilfe für den Wiederaufbau der Landesbibliothek in Detmold. Einem Ausschuß überwiesen wurde der Antrag betr. Herstellung eines Tiebrunnens auf dem Stadtgute Roggenhorst. Abgelehnt wurde der Antrag betr. Verkauf eines Grundstückes in Kronsförde.

In nichtöffentlicher Sitzung wurde der Antrag Heilborn, den bereits ausgeschiedenen Beamten und Angestellten das Gehalt nachzuholen ebenso wie den noch im Dienst stehenden Beamten, einen Auskunftsbericht erstellt. Der Antrag von Bassartheit, Einrichtung von Schülerräumen bei den Pflichtfortbildungsschulen beiderlei Geschlechts, der Bürgerschaft zur Annahme empfohlen. Der Antrag von Nidels: den Arbeiterparteien auf deren Anforderung die Alulen der höheren Schulen zu Versammlungszwecken zur Verfügung zu stellen, der Bürgerschaft mit der Abänderung zur Annahme empfohlen, statt Arbeiterparteien den politischen Parteien zu sehen. Der bekannte Antrag Dr. Leiber wird der Bürgerschaft zur erneuten Annahme mit der Abänderung empfohlen, unter Ziffer 1 statt 15. Januar sinngemäß 1. März zu legen.

Überbrückung der Schwartau. Durch Nat- und Bürgerschluß vom 19. April 1921 ist unter anderem die Herstellung einer Fußwegverbindung von der Haltestelle Dänischburg bis zum Bahnhofsvorplatz bei der Haltestelle Waldbühne genehmigt worden. Die Arbeiten werden von der produktiven Erwerbslosenfürsorge ausgeführt. Für die Herstellung einer Fußgängerbrücke über die Schwartau sind die erforderlichen Mittel noch nicht bewilligt worden. Nach dem Kostenüberschlag sind hierfür bei Verwendung von eisernen Trägern, die beim Abbruch der Ersatzstelle in Schlutup genommen werden, 65 000 M. erforderlich. Die Industrieen von Siems und Dänischburg haben sich bereit erklärt, 6200 M. zu diesen Kosten beizutragen. Es sind somit noch 58 800 M. erforderlich. Die Baubehörde hat beantragt, ihr diesen Betrag zur Verfügung zu stellen. Der Senat ist bereit, dem Antrag zu entsprechen, und stellt einen diesbezüglichen Antrag zur Mitgenehmigung der Bürgerschaft.

Ergebnis der Wahlen zur Angestelltenversicherung. Die am Sonntag stattgefundenen Wahlen der Vertrauensmänner für die Angestelltenversicherung brachten nach den "Lüb. Ans." nachstehendes Ergebnis: Die Liste A des deutschnationalen Handlungsgenossenverbandes erhielt einen Vertrauensmann und zwei Ersatzleute, die Liste B des Verbandes der weiblichen Handels- und Bureauangestellten: einen Ersatzmann; die Liste C des Gewerkschaftsbundes der Angestellten: einen Vertrauensmann und einen Ersatzmann; die Liste D des "Afa-Bundes": einen Vertrauensmann und zwei Ersatzleute. Demnach erhielten die Listen der Hauptgewinnerverbände zwei Vertrauensmänner und vier Ersatzleute, der "Afa"-Bund einen Vertrauensmann und zwei Ersatzleute. Die Wahlbeteiligung betrug nur etwa 30 Prozent. — Erfallen sind auf Liste A 466, Liste B 218, Liste C 437 Stimmen. (Verblieben 1121 Stimmen.) Die Liste D (Afa-Bund) erhielt 602 Stimmen.

Unser neuer Roman: "Eine dunkle Tat". weicht etwas ab von den modernen Werken und führt uns in das Gebiet der Romantik. Gute Erzählerliteratur braucht man nicht immer bei den neuesten Autoren zu suchen, sie ist in reicher Fülle unter den älteren Werken weit besser vertreten. Es ist notwendig, daß die arbeitende Bevölkerung auch mit den ernsten Arbeiten bedeckter verläßlicher Schriftsteller vertraut wird. Der neue Roman spielt im Lande der roten Erde, in Westfalen, enthüllt ein

Glück Geheimnis des 18. Jahrhunderts und das Leben der Jünger, für deren Wohlsein die Welt nur allein geschaffen schien. Der Roman von Levin Schüding bietet aber viel mehr: er deutet das Seelenleben zweier edler Menschen auf, die nach langem inneren Kampf den Weg zu dem von uns gemeinhin als Glück bezeichneten Gott finden. In dem Roman hat die bekannte westfälische Dichterin Inette n. Drost-Hülshoff, die im schönen Meersburg am Bodensee in ländlicher Erde ruht, nicht nur mitgearbeitet, sondern in ihr ist neben dem Dichter die handelnde Person selbst verkörpert. Wer den Roman mit Andacht liest, wird an ihm seine Freude haben und manche Stellen, die die innersten Töne der Menschen berühren, doppelt im Geiste vorüberziehen lassen.

Die Lebenshaltung in deutschen Städten. Die neueste Statistik der Indexziffern spricht von einer Steigerung im November auf 1397, im Oktober betrug die Ziffer noch 1148, im September 1062. An dieser Preissteigerung sind besonders die Lebensmittel beteiligt. Ihre Teuerungsziffer beträgt im November 1914 gegenüber 1532 im Oktober. Im Reichsdurchschnitt betrug der Preis Mitte November für Roggenbrot etwa 13mal, Rinderfleisch etwa 16mal, eingeteilte Buttermilch etwa 20mal, Butter 21mal, Kartoffeln 21mal, Schweinefleisch 27mal und Butter 31mal soviel als vor dem Krieg. Die einzelnen Städte weisen jedoch erhebliche Abweichungen und Unterschiede auf. So kostete ein Kilogramm Margarine am 14. Dezember in Leipzig 48 M., in Dresden 60 M. Ein Kilogramm gelbe Butter konnte man in Hamm am genannten Tage für 9,68 M. kaufen, während man in Dresden 12 M. bezahlt mußte. Für ein Pfund Rinderfleisch bezahlte man in Lübeck 17 M., in Eilen 16,75, in Köln 16 M., in Berlin 15 M., in Leipzig und Breslau 14 M. Ausländisches Schweinefleisch war in Köln für 64 M. das Kilogramm, in Berlin für 52 M. und in Lübeck für 56 M. zu haben.

Aus dieser Statistik ergibt sich, daß Berlin keineswegs die höchsten Preise für Lebensmittel hat. Die Teuerungs- und Verhältniszahlen in den einzelnen Städten sind recht verschieden. Bemerkenswert ist, daß in Großstädten, wo im Frieden die größten Aufwendungen für den Lebensunterhalt gemacht werden mußten, ungefähr die Ziffern mit dem Reichsdurchschnitt übereinstimmen, während kleine Städte erheblich den Durchschnitt übersteigen. So betragen die Teuerungszahlen für November in Berlin 1416, München 1494, Frankfurt a. M. 1446, Leipzig 1368, Augsburg 1269 und in Zweibrücken 1428, Eberswalde 1374, Neustettin 1371, Lübeck 1568, Hamburg, Lübeck, Bremen, Frankfurt a. M., Karlsruhe, Kattowitz haben für November die höchsten Teuerungszahlen.

Über die Aufwendungen für Bekleidung geben einige private und städtische statistische Berechnungen Aufschluß. Sofern die Bekleidungsaufwendungen für 1914 + 100, so beträgt die Ziffer für Berlin-Schöneberg 2188, Kiel 1771, Nürnberg 2522, Ludwigshafen 2187.

Ein Vergleich zwischen Wien und Berlin zeigt einen ungeheuren Unterschied. Das Ernährungsminimum lastete im November in Wien 432 mal so viel, in Berlin 28 mal so viel als vor dem Kriege. (Kronen- und Markwährung.)

Gehöft Milchpreise sind seit Dienstag in Lübeck eingeführt worden. Der Preis wurde ohne weiteres von 4,20 M. auf 4,80 M. herausgesetzt. Das ist in kurzer Zeit die zweite Erhöhung. Die Milcherzeuger fragen nicht danach, ob die Konsumtanten diese Preise zahlen und den Kindern die zum Leben notwendige Milch aufführen können. Sollte sie sind in erster Linie egoistische Interessen maßgebend. Ist in einer Gegend der Milchpreis hochgetrieben, so ruhen die anderen Erzeuger nicht, bis auch sie diese Preise durchgesetzt haben, andernfalls wird ja natürlich mit der Einführung der Lieferung gedroht. Gegenüber der Kriegszeit ist der Milchpreis nunmehr um mehr als das Zwanzigfache gestiegen. Die Löhne und Gehälter weisen aber eine solche Steigerung nicht im entferntesten auf.

Jahpreisermäßigungen der Jugendvereinigungen. Neben Jahpreisermäßigungen zugunsten der Jugendpflege sind in letzter Zeit verschiedene Nachrichten durch die Presse gegangen. U. a. wurde darin betont, daß sämtliche Vereine, die auf die Ermäßigungen Anspruch machen, verpflichtet seien, sich unter Beifügung von Sakrums und Sitzungsprotokollen für eine Liste anzumelden, die der Eisenbahn-Direktion einzureihen ist. Diese Art und Weise mügte, da sie namentlich in weit ausgedehnten

Eine dunkle Tat.

Roman von Levin Schüding

Erstes Buch.

Erstes Kapitel.

Kann ich das grüne Hügelland von Berg? Ich kann in diesem Augenblick nicht sagen, unter welchem Grade der Breite und Länge, von der Sternwarte zu Greenwich oder von der Insel Ferro an, der liebe Gott es so fauliglich hingelegt hat; aber ich weiß, doch er ist geeignet hat mit Fruchtbarkeit und einem tüchtigen Menschenleben, in dem sächsischen und fränkischen Blut sich begegnen, und daß es ein schönes Land ist, wie es da liegt zwischen dem Ebegebirge und dem Rhein, zwischen der Sieg und der Ruhr. Auch ist es reich an schönen Sagen und Legenden von höchst wunderbaren Ereignissen, die niemand glauben sollte; an Geschichten von Feinde und Liebe, von Mord und Verdacht; von frommen Mönchen, die nichts taugen, und höflich ritterlichen Grafenräubern; von Edelleuten, die sich die Harnische zerhieben, die Schwerter aufzuhören schlugen und ihrer Liebhaber für blutige Köpfe mit all der grohartigen Grautät rächtigten, mit der ein Mingos oder Delaware für sein Kindbett von Sklavieren Hingäutzen sammelt. In der Tat, dies Land ist so reich an Erinnerungen an jene romanischen Straußgelehrten, es sind ihrer so viele mit jedem alten Gemäuer verweilt, um jedes einzelne Steinzeug gefüllungen, daß man in der Ferne keine lustige Höhe aus dem blauen Wellenschlage der Hügelreihen herorsteigen sieht, ohne zu erwarten, daß im nächsten Augenblick ein Reiter im Eisenkleide mit wackelndem Helmhelm, mit flatterndem Wimpel an der Turnierstange darüber auftaucht und seiner Siegreihe nachtrabe. Sind doch heute noch die Männer von Berg die besten Waffenrämede in der Welt; noch heute sieht man sie Schwerter und Dolche schweden, biegend wie die Klingen von Damaskus, scharf und hart wie die Klingen von Toledo, mit einem Worte, die Solinger Klingen.

In diesem schönen Hügellande ging eines Tages, düstigen Herbstmorgens die Sonne auf und erschien außer unter vielen andern Dingen drei Gegenstände, die für uns von Wichtigkeit sind. Der erste ist ein ungeheure Altenhausen, der zweite ein lochter Madchenkopf und der dritte ein Hofrat, drei Dinge, auf welche die Sonne in ihrem täglichen Laufe mit sehr gemischten Gefühlen schaute mag. Der Altenhausen lag auf dem grünen Hügelzimmers der Kurfürstlich-Hessischen Hofstallmeister zu Düsseldorf und trug die Inschrift: "Von Schenky, nunc contra Antoniushof contra von Driesch, puncio Kopfstandgerechte". Deinet ist zu bemerken, daß das Klosterglocke zu diesen Alten schon seit hundertsechzehn Jahren eingeschlägt war, das Erdbeben aber nach mächtigem des Verlaufs dieser Geschichte noch nicht erschienen war. Der Madchenkopf, der zusammengefaßt mit der

ganzen Person, der er seit etwa fünfunddreißig Jahren erb- und eigentlichlich gehörte, den Namen Friederica Anna Rosina von Kästerbach zu Rheindorf, Bornheim und Leichlingen führt, war's aufsässig hübsch zu nennen gewesen, wenn nicht irgend etwas eine Art leisen Missbehagens beim Beschauen dieses Kopfes erweckt hätte: entweder war es der allzufühne Blick des Auges oder ein Gepräge von Unternehmungsgeist, der jedenfalls sich nur auf Kosten weiblicher Anmut geltend machen kann. Ihre volle und starke Gestalt war in einen sehr anständigen und gut kleidenden Morgenanzug gewandet, und so war sie immerhin eine Erscheinung, die ihr Geschlechtes haben konnte und einen großen Gegenstall zu ihrer Umgebung bildete. Sie saß am Kaffeetisch in einem großen wüsten Zimmer des Herrenhauses zu Diependahl am Mutterbach, das in allen Ecken und Winkeln Bernhäslinga und unordentliche Wirtschaft zeigte. Einige zur Hälfte zerstörte, auf der andern Hälfte bis zur Unterkunft mit Staub und Spinnengeweben bedeckte Ahnenbilder in schwarzen Eicherrahmen sprachen allein die Ansprüche des Hauses auf vornehmen Mittwoch aus, der ihm doch wie aller Ansicht überhaupt mangelt.

Was nun endlich den Hofrat betrifft, so war dieser Hofrat nicht deshalb, weil er wie bei Höre gewesen, oder weil es nicht läufig, sich Rats bei ihm zu erhalten, vor vielen anderen Hofräten ausgezeichnet, sondern lediglich durch eine gewisse diktatorische Feierlichkeit seiner Erscheinung, die ohne diese Eigenschaft nichts als einen hämmigen Röthäuscher angestündigt hätte, als er jetzt im grünen, breitsäugigen Jagdrock, unten Stulpensiefel, oben eine hohe Nachtmöze zu seiner Jungfer Schwester ins Zimmer trat und sie zu ihr an den Frühstückstisch setzte. Indem er sich zu einem der wichtigsten Geschäfte des Tages anschickte, zeigte er ein mürrisches, von tiefen Linien und zägigen Zügen durchsetztes Gesicht mit blauen, vorquellenden Augen, und sah aus, wie der Admiral Peter de Tromp oder ein Baumarder, der beifßen will.

"Spülwasser!" sagte er verdroschlich, nachdem er die erste Tasse hinuntergeschluckt hatte, setzte die Schale auf den gebohrten Klappstuhl nieder und lehnte sich, die Glieder reckend, in den Armstuhl zurück. Dann starrte er seiner Schwester ins Gesicht. "Ma soeur", sagte er und brach in ein schallendes Gelächter aus.

"Was ist's, alter Bär?"

"Verfluchter Kerl, der Schäfer! Ich glaube, du hast ihm Anträge gemacht, daß er solche Bosheit auf dich hatte!" sagte der Hofrat.

Um diese, jedes weibliche Jagtgefühl so hart verletzende Anspröfung zu verteidigen, muß ein Abenteuer berichtet werden, das der Freiherr Levin am Abend zuvor zugestanden war. Sie hatte einen Spaziergang gemacht und war in einer engen Schlucht einem Schäfer begegnet, der geradewegs aus einem zum Hofe des Hofrats gehörenden Schlag jungen Hales kam und voranschreitend seine Herde zur Abendruhe wieder in das Dorf hinabführte. Mit erhobener Rechten war die Dame dem auf der Tat erappeten

fasser und misamt seiner blödenden Begleitung in den Pfandstall „einschütten“ zu lassen. Der Schäfer aber hatte, wie es schien, an die Milde ihres Frauendusens appellieren wollen; er hatte die zur Flucht vorgebeugte Haupt an die Brust gelegt und war dann zugeschritten, als ob sie gar nicht im Wege stände. Die Folge dieses mit einem trüffigen Laden ausgeführten Manövers konnte kein anderes sein, als daß die Dame zu Boden stürzte. Nun traf zuerst der Schäfer über sie weg, sodann Fitz, der treue Wächter, drittens der Leithammel und endlich die ganze zahllose trippelnde Herde, die den Fersen ihres flüchtigen Führers folgte.

"Ma soeur, mir ein eingetretenes Hindernis für den Schelm," fuhr der lachende Hofrat fort.

"Du magst dich freuen, daß das Lumpenpack dir den Schlag abweidet," sagte die Schwester zornig. Dann glänzte sie plötzlich ihre Miene, zog das Nachthaubchen zurecht und sagte mit einer schmelzend freundlichen Stimme: "Wie haben Sie gerufen, Philipp?"

Philipp war ins Zimmer getreten, der lang aufgeschossene Jagdjunker, umringt von zwei entfesselten Brüdern. Er machte eine Verbeugung und versetzte: "Schlecht genug; dechte immer dran, ob's nicht bald Tag war, daß es bald losgehet könnte. Nun bin ich doch der letzte. Ich habe den Herrn Beter über mir hören hören und da dach' ich, nu is Zeit. — Danke, dankt."

Die Freiin Rosina war aufgestanden und hatte Philipp mit einem Krits eine gesüßte Tasse überreicht.

"Na, Junge, mach' jetzt rasch!" rief der Hofrat; "so, trink aus und sag' dein Jagdpruchlein auf." — Er beg

Das Mitbestimmungsrecht der Mieter.

Von Richard Mauermann, Lübeck.

Damit Frau und Kinder es besser haben — sterbe ich! Es waren die letzten Worte eines schwerverwundeten Landmehr- mannes, dessen zitternde Hand ich hielt, dessen letzten Seufzer ich hörte. Heute höre ich die Worte mir im Ohr klingen und immer wieder packt mich die Angst, wenn ich sehe, wie heute 93 Prozent unserer Volksgenossen von der kleinen Minderheit zum eigenen Vorteil gerupft werden sollen. Wer von der Minderheit denkt an das Allgemeinwohl? Ein jeder der 7 Prozent will ganz allein den eigenen materiellen Gewinn, über den auch das schönste Männchen nicht hinwegtäuschen kann.

Steiget zur Zeit des nächtlichen Dunkels aus den fernen Gräbern, kommt zur Heimat und hämmert eurer schlafenden Brüder ins Bewusstsein, wofür ihr gestorben: Damit Frau und Kinder es besser haben sollen!

Beklungen ist die alte Zeit! Merkt ihr es noch immer nicht, ihr Verfechter der alten Lehre? Heute muss Geltung haben, was der Allgemeinheit kommt und nicht, was dem einzelnen steht. Heute verpflichtet Eigentum ganz alleine und gewährt nicht, wie einst Vorrechte! Heute ist sein Gebrauch lediglich Dienst für das gemeine Beste! Heute gilt nicht mehr, was ehemals galt, und wenn ihr es noch nicht spürt, so wird die Zeit doch kommen.

Vor allem steht jedem Deutschen eine gesunde Wohnung zu und allen deutschen Familien, besonders den kinderreichen, eine ihren Bedürfnissen entsprechende Wohn- und Wirtschaftsheimstätte.

So liegt der Artikel 155 der deutschen Reichsverfassung vom 11. August 1919. Und wie sieht die Wirtschaft aus? Es ist nicht vornötigen, dass ich an Beispielen das heutige Wohnungselend schildere. Es ist so schlimm, dass Volksgeundheit und Sittlichkeit untergraben werden, wenn nicht sofort und im Augenblick Abhilfe geschaffen wird. Die Zeit des Handelns und der Erwägungen muss vorüber sein. Die Zeit des Handelns und der Taten ist gekommen. Es muss zu einer endgültigen Gestaltung unseres Wohnungswesens geschritten werden, wenn nicht die Gesamtheit schwerster Schaden leiden soll. Uner Auge darf nicht fürsichtig die Zukunft überschauen, sondern muss weitblickig die Zukunft erfassen.

Die erste Frage, auf die wir stoßen, ist die: Soll die bisherige Privatwirtschaft weiter bestehen oder müssen wir zur Gemeinwirtschaft übergehen?

Die privatkapitalistische Wirtschaft hat schon vor dem Kriege versagt. Sie hatte nur sich gut verzinsende Miethäusern, ohne Rücksicht auf die Volksgesundheit zu nehmen. Von der Errichtung von Kleinwohnungen zog sich das Prinzipkapital fast völlig zurück, und hätten die Baugenossenschaften nicht eingegriffen, so wäre schon vor dem Kriege eine Wohnungsnott für Minderbemittelte in Erziehung getreten. Die privatkapitalistische Wirtschaft hat in Hinsicht auf das Allgemeinwohl veragt und ebenso in Hinsicht auf den praktischen Erfolg. Sie würde in verstärktem Maße in der Zukunft versagen, ja, sie ist garnicht, wie man zeigen kann, in der Lage, neuen Wohnraum zu schaffen. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, dass wir zur Gemeinwirtschaft übergehen müssen.

Die Bewirtschaftung des vorhandenen Wohnraums wird heute als Zwangswirtschaft bezeichnet, im Gegensatz zu der früheren nördlichen freien Wirtschaft. Aber kann man den heutigen Zustand tatsächlich noch als eine Zwangswirtschaft ansehen? Die gesamte Mieterschaft empfindet sie nicht als solche, ja, sie wird als Zwangswirtschaft nur noch von denen empfunden und befürchtet, die den Grund und Boden als Ware betrachten und mit ihm Handelsgeschäfte machen wollen. Das Rechtsempfinden des größeren Teiles unseres Volkes hat sich weiterentwickelt, es empfindet die grundlegenden Gedanken des Mieterschutzes garnicht mehr als Zwang. Die Gedanken der Festhaltung der Grundstücke beim Kapitalzinsstrag des Kriegs und der Unzufriedenheit der Mietverträge sind mit der Zeit in einem solchen Maße ins Volk gedrungen, dass sie Bestandteile seines Rechtsgefühls geworden sind. Unser Volk fordert daher als gesetzliches Gesetz, was als Recht bereits besteht.

Nicht Rückkehr vom heutigen Zustande zur freien Wirtschaft, sondern Weiterführung des heutigen Zustandes in regelrechte Gemeinwirtschaft ist der einzige Weg, der aus dem Wohnungseleld hinausführt.

Mit dieser Gemeinwirtschaft im einzelnen beschlossen sein soll, möge heute noch dahin gestellt bleiben, aber es kommt darauf an, dass plausibel diesem bestimmten Ziel zustrebt wird, nachdem man erkennt hat, dass die wirtschaftliche Entwicklung der Dinge gebietsweise diesen Weg und nur diesen Weg fordert. Es sind schon verschiedene Vorschläge für die künftige Gemeinwirtschaft gemacht. Stadtrat Hofmann-Leipzig hat seine Gedanken bereits in die Form eines Gesetzes gebracht. Auch der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund hat Vorschläge für eine gemeinwirtschaftliche Regelung des Wohnungswesens gemacht. Alle diese Vorschläge lassen sich aber nicht von heute auf morgen verwirklichen. Raum ist nicht an einem Tage erbaut, und die Umstellung einer Wirtschaftsform kann sich nur in Etappen vollziehen, von denen jede einzeln dem gefesteten Ziele näherführt.

Heute muss „das Mitbestimmungsrecht der Mieter bei Verwaltung und Erhaltung des Wohnraumes“ gefordert werden.

Der „national gesinnte“ Hausbesitz will keine Opfer bringen, um den vorhandenen Wohnraum zu erhalten. Er lässt die Häuser verschaffen und ruft den Feindbund zu Hilfe, damit der gehaftete Mieterschutz besiegelt wird und der Hausbesitz keine Steuer zu zahlen braucht, sondern das Zahlen dem Mieter überlassen kann.

Ja, ja — sei ruhig. Du armer Tochter, der Du starbst, damit Frau und Kinder es besser haben, und die lebenden Brüder einsichtig beieinander wohnen können. Du starbst umsonst? — Nein, noch gibt es Menschen, die als Brüder leben wollen, die helfen wollen und die Not lindern.

Will der Hausbesitz den Wohnraum verschaffen, um die Regierung zu erzwingen, ihm willkürliche zu sein, so steht die Mieterschaft auf, um den Wohnraum zu erhalten und erklärte sich bereit, Opfer zu bringen. Durch diese Opfer erwirkt sie aber Rechte, und eine Liebe ist der anderen wert!

Erfolgen die Mieter die Häuser, tragen sie bei zu den großen Instandhaltungskosten, so müssen sie „mit bestimmen“, müssen Rechnungserlegung verlangen über die Gelder, die sie zur Erhaltung des Wohnraumes aufbringen. Die Willigkeit und Gerechtigkeit dieser Forderung ist sonnenklar und nur die Selbstsucht kann beide leugnen.

Wie edel und opferwillig ist der Hausbesitz, der ganze acht Jahre die in der Miete enthaltene Instandhaltungsquote einstellt — und dafür keine Reparaturen vornehmen lässt!

Wie hartig ist er bei der Hand, wenn es gilt, sich vom Mieter die Bereitwilligkeit zur Zahlung einer höheren Miete zu verschaffen!

Wie liebt er auf einmal das sonst so gehaftete Mieteinigungsum, wenn es ihm eine höhere Miete erstreiten kann!

Kürwoh, der Hausbesitz ist edel und opferwillig in höchster Form. Der Zweck heiligt die Mittel — und dem Hausbesitz noch mehr, als der Kirche, ist jedes Mittel recht, wenn es nur Geld bringt. Man höre und verhülle das Unrecht vor Scham: Ein Hausbesitzer in Lübeck will aus einer Wohnung einen höheren Mietzins herauswirtschaften und daher soll ein Mieter weichen. Kündigungegründe müssen also gesucht werden; ein edler Mensch findet was er sucht. Der Mieter hat im Kriege seinem Arbeitgeber eine geringe Menge Güter gestohlen; der Hausbesitzer musste es seit zwei Jahren — heute heißt es — die Unrechtsfreiheit als Kündigungegrund vor und kann mit einem Male nicht mehr

unter einem Dache mit einem solchen Mieter wohnen, — weil ihn etwa 2000 M. mehr an Miete zahltrommeln wenn er ihn aus dem Hause herausbekommt, und weil er ja von seinem Hause leben will. Hausbesitz ist Kapitalsanlage und kein Geschäft, — heute nicht mehr! Wer heute aus Hausbesitz ein Geschäft macht, versündigt sich an unserem Volke. Der Hausbesitz muss zum sozialen Denken in materieller wie moralischer Beziehung durch die harte Roi unseres Volkes erzogen werden. Er muss volksfreundlich werden und wird es vielleicht, wenn Vermieter und Mieter bei der Teilung der Verantwortlichkeit über die Erhaltung des Wohnraumes sich einander nähern kommen. Heute ist der Wohnraum Allgemeinwohl, er gehört nicht einem einzelnen, sondern der Volksgesellschaft, und daher hat jeder einzelne Bürger die Pflicht, ihn in gutem Zustand zu erhalten, damit aber selbstverständlich auch das Recht, mitzutun.

Die Zeichen der Zeit hier erkennen, heißt unser Volk grenzenlorem Elend auszuliefern. Wirtschaftliche Kämpfe, wie sie bis heute noch nicht gewesen, werden dann kommen. Unser zerstörtes Volk hat nicht die Widerstandskraft, um schwere Gefahren und Wirren zu bestehen — es wird unterliegen. Die Liebe zum Volk zeigt sich in der Erhaltung und nicht im Kämpfen. Ein neuer Morgen dämmert heraus, aber nicht in leuchtender Weise, hebt sich der Feuerball der Sonne empor, sondern von dunklen Wolken verhangen, lässt die Sonne nur hinzuführen ahnen. Aber keiner unter unserem Volke braucht zu verzweifeln — es kommt sicher der Tag, an dem das Himmelsgestirn, unverhüllt von Wolken, uns wieder leuchtet.

Aber ein anderes Geschlecht wandelt dann auf unserem Boden, ein Geschlecht, das vom sozialen Geist durchdrungen, den Sinn des Leidens in der Arbeit sucht und in der Liebe zum Menschen. Dann hört man nichts mehr von Rang und Stand und Geld, dann hat jeder nur seinen Staat in sich selber, dann wohnt jeder auf freiem Grund und Boden in freier Wohnung, dann ist das Ziel erreicht, dem wir zustreben: Die Gemeinwirtschaft ist erreicht.

Noch sind mit diesem neuen Tage ferti, aber kämpfend und arbeitend müssen wir ihm entgegenwachen. Heute soll ein Marktkeim reifen werden: Die Mieter fordern als reich und billige das Mitbestimmungsrecht bei Verwaltung und Erhaltung des Wohnraumes.

Gewerkschaften.

Frü das freie Selbstbestimmungsrecht der Gewerkschaften. In seiner letzten Sitzung beschloss die erweiterte Beirat des Deutschen Metallarbeiterverbandes u. a. auch mit dem Entwurf zur Schlichtungsurkunde. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme: „Der erweiterte Beirat stimmt der Haltung des Ausschusses des ADGB zum § 55 des Schlichtungsgesetzes einstimmig zu und fordert die parlamentarischen Arbeiterversammlungen auf, jedes Zwangsmittele, das einen Eingriff in das freie Selbstbestimmungsrecht der Gewerkschaften darstellt, strikte abzulehnen.“ Es handelt sich bei dem berichtigten § 55 im Entwurf einer Schlichtungsurkunde um jene Bestimmungen, die den Arbeitern und Angestellten im wirtschaftlichen Kampf freies Auseinander soll und sie mit harten Strafen bedrohen. Der Berichterstatter bemerkte dazu, dass der Ausschuss des ADGB sich in diesen Fragen der vom Deutschen Metallarbeiterverband mit allem Nachdruck verfolgter Ausschaffung angeschlossen und soziale Zwangsmassnahmen und Strafen, wie sie der § 55 des Schlichtungsgesetzes vorsieht, abgelehnt hat.

Lohnkürzungen im amerikanischen Schüssgewerbe. Der Verband amerikanischer Reedet beabsichtigt, unverzüglich eine 15prozentige Lohnherabsetzung einzutreten zu lassen, um gegen die Konkurrenz anzukämpfen zu können.

Streit in der Textilindustrie Mitteldeutschlands. Infolge des Streiks in Langerwehe und Wittenbergsdorf, mit etwa 2200 beteiligten Streikenden, erfolgte die Ausvergabe von weiteren 2000 Textilarbeitern. Die sofort eingeleiteten Einigungsverhandlungen sind gescheitert.

Aus aller Welt.

Eisenbahnunfall. Aus Prag wird gemeldet: Der Personenzug Kai-Pau-Oderberg ist infolge Gleisbruchs entgleist. Drei Wagen sind über den Damm gestürzt; 23 Personen sind leicht, fünf schwer verletzt.

Bombenexplosion im Rathaus. Ein furchtbare Sprengstoffattentat ist in Homburg verübt worden. Der Feier der Ruderclub in den Räumen der Universität feierte der Ruderclub in Homburg verübt worden. Der Feier wurde durch das Fenster ein Sprengkörper in den Saal geworfen, der mit furchtbarem Gewalt explodiert. Sieben Personen, zwei Männer und fünf Frauen, wurden zum Teil schwer verletzt. Durch die Explosion wurden die Fensterscheiben zerstört, in den Parkettfußboden ein großes Loch gerissen und eine Anzahl Türe und Stühle stark beschädigt. Die verletzten Personen wurden in das Krankenhaus gebracht. Der Täter hat bisher nicht ermittelt werden können.

Das Kind in der Hose. In einem Kleidergeschäft in Rosenheim in Oberbayern wurde eine englische Hose gekauft, in der der Käufer zu seiner Überraschung eine englische Fünfundfünfzig, gleich 4075 Papiermark, fand. Wenn doch die Engländer alle ihre Lieferungen nach Deutschland so ausstatte wollten!

Zusklärung eines grausigen Vatermordes. In Berlin ist der 45jährige Subbeamter Bathauer ermordet worden. Die Nachforschungen der Kriminalpolizei haben ergeben, dass die eigene Tochter des Mäters, die 20jährige Elisabeth Bathauer, ihren Vater mit einem Beil erschlagen hat, ihm dann mit einem großen Küchenmesser mehrere Stiche in Herz und Brust verlegt und ihm schließlich noch die Pulsader geöffnet hat. Das Mädel ist bereits festgenommen worden und hat ein volles Geständnis abgelegt. Es geht daraus hervor, dass Bathauer ein unverträglicher und brutaler Mensch war, der sich gern betrank. Seit Jahren misshandelte er Frau und Tochter unzählig. Er arbeitete fast nie; vertrat aber den häuslichen Verdienst der Frau, die kleine Arbeiten verrichtete, und der Tochter, die in der A. G. tätig war. Die Tochter Elisabeth war mit einem jungen Mann aus kleibürgerlicher Familie verlobt. Am Mordtag hat sie nachmittags die frische Mutter, die im Krautkrautshaus lag, besucht und ist mit dieser übergekommen, so bald wie möglich vom Vater wegzu ziehen. Die Mutter hat sie, dafür zu sorgen, dass der Vater nicht ihre Habesigkeiten beschädige. Als sie nach Hause kam und der Vater wieder, wie schon oft, betrunken war und sie bedrohte, habe sie in ihrer Wut den Entschluss gefasst, den Mann aus der Welt zu schaffen. Der Vater hat sich dann ins Bett gelegt und von da aus ihr nochmals gedroht. Sie ist darauf in die Küche gegangen, hat ein hinter Glas gelegtes Beil genommen und mit diesem mehrere Schläge nach dem Kopf des Vaters geführt. Obwohl der Vater, der schon geschlagen hatte, sich nicht mehr rührte, ist das Mädchen nochmals nach der Küche gegangen, hat ein großes Messer geholt und darauf dem Vater mehrere Stiche in die Herzgegend verlegt. Um ihn ganz sicher zu töten, hat sie dann noch den Vater die Pulsader der linken Hand aufgeschnitten. Ihre Hände, die blutbeendet waren, und die Nordwestzeuge reinigte sie in einem Eimer und ist dann zu ihrer Tochter gegangen. Einige Stunden später kehrte sie zurück und sah, dass man das Verbrechen noch nicht entdeckt hatte. Sie hat dann um Hilfe gerufen. Die herbeieilenden Nachbarn alarmierten sofort die Polizei, vor deren Begleitung Elisabeth Bathauer zuerst unwahre Angaben machte.

Genossenschaften.

Genossenschaftliche Tagungen 1922. Der 19. deutsche Kongress genossenschafts ist am 18. bis 22. Juni 1922 in Eisenach in Thüringen statt. Mit dem Konsumgenossenschaftstag ist vorhergehend am 18. und 19. Juli eine Versammlung des Generalrats verbanden. Außer der mit dem Genossenschaftstag verbundenen Versammlung des Vorstandes, des Ausschusses und des Generalrats soll eine solche Versammlung Ende April an einem noch näher zu bestimmenden Ort Mitteldeutschlands stattfinden. Die Bevölkerungsverbände des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine werden in der Zeit zwischen dem 6. und 26. Mai in Bad Salzungen, Stein, Gera, Ebingen, Dessa, München, Bayreuth, Görlitz, Elberfeld und Karlsruhe abgehalten werden.

Lehrkurse für Konsumvereinssekretäre. Die Fortbildungskommission des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine veranstaltet in der Zeit vom 8. bis 27. Mai 1922 in Hamburg einen Kursus für Konsumvereinssekretäre. Lehrfächer sind: Genossenschaftskunde, Propagandawesen, Bildungsarbeit, Redakteur, Tarifwesen, Kontrollwesen, Sicherungswesen. Die Fortbildungskommission erwartet, dass die Konsumvereine ihren Sekretären die Gelegenheit zur weiteren Ausbildung ermöglichen.

Allerlei Wissenswertes.

Die Menschenaffen. Trotz der außerordentlich nahen Verwandtschaft der großen Menschenaffen Orang, Gorilla und Schimpanse mit den Menschen sind die sogenannten Menschenaffen nicht als Vorfahrenformen, sondern vielmehr als abgekündigte Vorfahren der mehrbegünstigten Menschheitsform aufzufassen. Wie Professor Dr. L. H. Beck ist ebenso treffend wie drastisch ausdrückt, sind die Menschenaffen auf halbem Wege stehengeblieben. Sie sind gewissermaßen auf den Holzweg geraten, als sie als Baumtiere immer mehr ihre Kletterkünste entwidmeten. Der nicht kletternde Mensch kennt seine Gehirn weiter entwickelt. Das schwerste Gorillagehirn ist nicht schwerer als das eines Menschenkindes und wiegt höchstens ein Drittel von dem eines ausgewachsenen Menschen. Während man im Menschenhirn 70 Zentimeter findet, sind in dem des Menschenaffen nur zwölf. Sprachzentren fehlen ihm völlig. Dafür ist es auch ein Wunder, von der „Affensprache“ zu reden. Gewisse Neuerungen des Verhaltens und Unbehagens stehen ihnen zu Gebote. Aber diese Affensprache ist das, was Darwin als „Ausdruck von Gemütsbewegungen“ bezeichnete und kann höchstens als unterste Vorstufe der Sprache angesehen werden. Während die Affen im jugendlichen Alter eine gewisse Menschlichkeit zeigen, tritt mit fortwährendem Alter eine immer stärkere Verschiedenheit hervor. Von einer gemeinsamen Stammform müssen sich sehr frühzeitig die Menschenaffen abgesondert haben und sich durch ihre Kletterkünste „festgeföhrt“ haben. Schon lange schildert Hegel, wie beim Menschen infolge seines aufrechten Gangs sich der Körperbau entwidmet, den man in guter Gesellschaft als die Verlängerung des Rückens bezeichnet. Beim Affen fehlt die Körperpartie. Will man sich über das Wesen der Affen klarheit verschaffen, so darf man sie nicht allein in zoologischen Gärten beobachten, wo sie von jeher zu den größten Sehenswürdigkeiten gehört haben. Hier sind sie leicht „vermeniglicht“ worden. Man muss versuchen, sie möglichst unter ihren natürlichen Bedingungen zu beobachten. Die Tropenstation auf Teneriffa ist leider infolge des Krieges eingegangen, und die Tropenfauna befindet nach Berlin in den Zoologischen Gärten über.

Neue Bücher.

Hermann Wendel, Von Marburg bis Monastir. Unter diesem Titel schildert unter als Balkanreisender weitbekannter Parteigenosse eine südländische Reise, die er im Herbst 1920 unternommen hat. Sein Weg führte ihn vor dem alten Marburg, dem heutigen Skopje, der ersten Grenzstadt des neuen Königreiches der Serben, Kroaten und Slowenen, dessen Hauptstadt schon ebenso verwohnt sind wie die von Skoplje (Westküste), Wales, Monastir und Deher, durch ganz Alt- und Neuserbien bis an die Grenze Albaniens. Genosse Wendel hat außer seiner Tätigkeit als Kriegsberichterstatter im Balkan, im letzten Jahrzehnt mehrere Reisen nach Serbien und Mazedonien gemacht und dabei serbische Weine, serbische Geschichte und serbische Sprache gründlich kennengelernt. Er gilt bereits als Autorität, und die serbische Regierung stellte ihm ohne weiteres Auto, Chauffeur und Begleiter zur Verfügung. Hermann Wendel schildert knapp und anschaulich. Er ist ein Meister des Wortes, blendender Stilist, geistreicher Erzähler und unterhaltsamer Plauderer. Er verfügt es ausgezeichnet, uns den jungen Staat im Südosten Europas, auf den unsere Wirtschaft künftig mehr als je mit angewiesen sein wird, nahe zu bringen. Wir lernen des von den f. f. Kriegstreibern so tief beleidigte und geschmähte Volk als durch und durch demokratisch kennen und sind erstaunt, dass die Serben gar keinen Hass auf das deutsche Volk haben. Der Zauber des südländischen Landes, die Poetie seines Volkes, die Romantik von dessen Vergangenheit fesseln und interessieren jeden Leser. Über auch das Leben und Treiben der neuen ehemals erzählerisch-bulgartischen und moslomitisch-türkischen Serben in Makedonien weiß Wendel geistreich mit einem feinen Hauch von Humor uns zu beschreiben. Das Buch ist in unserem Frankfurter Verlag erschienen und kostet 18 M.

Ninon de L'Enclos. Von der Liebe, den Frauen und der Galanterie. Im Verlag von Robert Lutz in Stuttgart (Preis 15 M.) hat A. Sagard in der Sammlung der Balkanbücher ein Lebensbild der berühmtesten Liebeskünstlerin des 17. Jahrhunderts geschrieben und obige Thematik aus Ninons Briefen überzeugt. Ninon summte noch aus der gefundenen Zeit vor dem Rotto, da noch keine hochgebogene Coiffure, keine Pudermaske des Genuesischen bleiche Spuren zu verdecken brauchte. In ihrer Generation liebte man noch ein halbes Jahrhundert und lebte gewöhnlich ein Ganzes. Von Ninon erzählte man, dass sie noch als Neunjährige geheiratet worden sei. Das stimmt aber nicht. Doch als Siebzehnjährige hat sie noch einer Grete geheiratet. In obigen Abschnitten hat sie ihre Antzeiten und Erfahrungen niedergelegt. Es sind geistreiche, galanten und scharmante Plaudereien, die mit echtem galischen Geist voller Geschichten geschrieben wurden. Mit einer erstaunlichen Offenheit, die selbst asten, ausgelochten Rosés Reipelt abnötigen muss, plaudert die berühmte Meisterin der Liebe über ihr Metier. Stellt Lehrsäcke über die Wirtschaftlichkeit der Liebe und Leidenschaft auf, gibt beiden Geschlechtern Winke und Verhaltungsmaßregeln und bringt es fertig, geradezu ein philosophisches System darüber auszufüllen. Sie wußte Beispiele in diesen Dingen. Auch gute Lehren für das Leben finden die Leser vor allem in dem Kapitel über „Galanerie“. Aber jung müssen sie sein, wenn diese Lehren ihnen noch nützen sollen. Allerdings auch schlechte Lehren gibt Ninon, vor allem ihren Geschlechtsgenossinnen, und zwar solche, wie sie am besten Männer können. Sie hatte Erfahrung darin. Doch veralteter werden diese Ratsschläge nie. Die Nebenlehre ist vorzüglich. In den Briefen der Ninon wird jeder Vergnügen finden.

Druckäulen jeder Art für Beamte, Handwerker und Gewerbetreibende werden sauber und vorschriftsweise ausgeführt in der Buchdruckerei des „Lübecker Volksblatts“, Johanniskirche 46.

Züftige Dreyer

für dauernde Beschäftigung bei gutem Verdienst gesucht.
(11768)

Lübecker Maschinenbau-Gesellschaft.

Heute mittag starb plötzlich im 87. Lebensjahr unser lieber Vater, Schreiergärtner und Großvater, der Filzhersteller.
(11768)

Wilhelm Johannsen

Im Namen der

Hinterbliebenen:

Joh. Johannsen,

Travemünde,

d. 10. Jan. 1922.

Beerdigung Sonn-

abend, d. 14. Jan.

nachm. 3 Uhr, vom

Trauerhaus „Gru-

genstraße“ 37.

Deutscher Holz-

arbeiter-Verband,

Zahlstelle Lübeck.

Am 7. Jan. 1922

starb unser Kollege,

der Tischler (11764)

Emil Frank,

Travemünde.

Wir werden dem-

selben ein ehrendes

Andenken bewahren.

Die Orts-

verwaltung.

Gef. Morgenmündchen

sof. ob. spät (11744)

Witt, Wahnstr. 58 L.

Sandre Margaretha

gei. (11742) Herderplatz 8, L.

Weitere Worte

stellen sofort ein

Jürgen Brandt,

Friedr.-Wilhelm-Str. 12,

(11748)

Gelernt Schuhmacher,

21 Jahre, sucht Stellung

gleicher Art (11747)

Hans Brede, Ged

Schwerin, Markt 12.

2-3-Wohn. ges. 2-3-

2-Wohn. 2. tauschen ges.

(11758) Reiterstr. 251

2-R. Geschild 2. ob. (11745)

Geigier, 14 L.

Bettw. Sessel, 2. St.

11746) Eg. Boot. 47, S.

3-R. nachl. Hunde 2. st.

11726) Emilienstr. 8 a.

Zertel und Jungländer

und morgen 2. 3-4 Lüne

in Boizenburg Restaurant

Zur alten Post 2. verf.

(11757)

Perkel u.

Zugänger

find. 2. ob. (11758)

Stüwe,

Schönköper Str. 18.

Herren-Jahrtab.

ohne Bereitstellung zu kaufen, ges.

Sporthaus, Saltonboden-

straße 48c. (11740)

20-30000 DM. in ge-

genauso wie ges. (11742)

Kug. u. K. G. R. u. d. G.

Die überl. Familie

Meyra sowie Frau Tegel

verbreiteten umfangreichen

Gerüchte nehmen weder-

darum in Gedanken zu.

Franz Küller, W. Kepp,

Spiegelstr. 59. (11774)

Zollholzwaren

geb. Ant. insbesondere die

Geschnitzung, Schnitzung

u. Schnitzer Übernahme

Mon., Werkzeugstr. 15 ff.

Handfertigungskontor.

(11749)

h. J. Stöver

Wilhel. Stöver

empfehl. ob. Sofer und

bei Hans (11767)

Wilhelm Stöver,

Reparatur. Allee 45 a.

Telefon 8822. (11771)

Im
Ausverkauf

ganz besonders billig:

Hemdendudic

gute Ware

von 19.75 Mf. an

Hemdenbarchend

von 17.95 Mf. an

D. Schürzen

von 19.75 Mf. an.

Dam.-Blusen

von 29.75 Mf. an.

Damen-Hosen

in blau (11769)

von 9.75 Mf. an.

Korsetts

in Stoff 25.

jetzt 29.75 Mf. an.

Restle

mit angestellte Waren

ganz besonders billig!

Heimrich Beuch

Brückestraße 25.

Praktische

Arbeits-Hosen

früher 49.50 88.50

jetzt 39.50 69.50

Restposten

Arbeits-Hosen

früher 49.50 88.50

jetzt 39.50 69.50

Restposten